

Axel Glögger

Aufschwung

www.dr-axel-gloeggler.de

Inhaltsverzeichnis

Die Landschaft des Autors	4
Die Farbe Blau	5
Ein großer Rhöner.....	15
Einwürfe zum Tagesgeschehen	28
Warum der Aufschwung bald kommen wird.....	29
Deutschland ist konfliktfeindlich	36
Ausgerechnet Geithner	40
Ein Querdenker wird zurecht gewiesen	41
Spitzel im Parlament?	43
Der Turmbau zu Dubai.....	45
Gib ihnen Saures!.....	48
Der CO2-Hype	53
Einspeisvergütungen.....	59
His Master's Voice.....	63
Der Defizit-Billionär	68
PIGS, (<i>engl.</i> , die Schweine).....	72
Besprechungen.....	76
Arnulf Pesselhoy – Dem Kapitalismus eine Chance.....	77
Karlheinz Ruckriegel: Homo Oeconomicus.....	81
Umriss einer Kritik der Nationalökonomie	92

Die Beiträge erschienen in der Online-Zeitung www.rhoenpuls.de,
Sprungbrett Verlag, Bad Brückenau, außer den Beiträgen auf den Seiten
29 mit 40 und den „Besprechungen“.

Beitrag Umriss einer Kritik der Nationalökonomie erschien im August
2009 im GRIN Verlag für akademische Texte, München.

Copyright: alle Rechte liegen beim Verfasser. Jede Verwendung von
Texten bedarf der schriftlichen Genehmigung.

Die Landschaft des Autors

Die Farbe Blau

Manche Weltraumfahrer antworten auf die Frage, was wohl das eindrucksvollste Erlebnis auf ihrer Reise war:

Der blaue Planet

Unsere Erde ist das einzige uns bekannte Gestirn, das Leben hervorgebracht hat. Sie ist von einer Atmosphäre umhüllt, die zu vier Fünftel aus Stickstoff und zu einem Fünftel aus Sauerstoff besteht, einem Element, das wir auf Waldspaziergängen suchen. Siebzig Prozent der Erdoberfläche wird von Ozeanen bedeckt, also von Wasser, aus dem das organische Leben entstand. Vom Weltraum aus erscheint die Erde als strahlend blauer Planet.

Wer einmal Handwerkern beim Schweißen zugesehen hat, ist entzückt von dem Farbspektrum, das die Flamme zeigt. Hellstes Weiß wechselt zu Gelb, dann Orange und Rot, bis hin zum Himmel- und Indigoblau, das sich viele Herrscher als Farbe für Ihre Wappen und Fahnen wählten. Kobaltblau sind häufig Keramiken aus Japan und China.

Blau in der Kunst

Ernest Hemingway lässt in *Die grünen Hügel Afrikas*, einem Fragment aus seiner Lebensbeschreibungen, einen Mann auftreten, der den Namen Kandinsky trägt. Wie man in der Geschichte der Kunst von E. H. Gombrich nachlesen kann - der übrigens ein guter Freund des vielleicht wichtigsten Philosophen des 20. Jahrhunderts, des Kritischen Rationalisten Karl Popper war - ist der Maler gleichen Namens der Schöpfer des ersten

abstrakten Kunstwerks.[1] Man kann es in der *Tate Gallery* in London besichtigen. Kandinsky, der sich auch als Kunsttheoretiker erweist, wies auf die psychologische Wirkung der reinen Farbe hin. „Blau ist die typisch himmlische Farbe“, schrieb er in seinem Buch *Das Geistige in der Kunst*. [2] Blau war oft der Mantel der Maria. Das stand für das Göttliche, das Überirdische. Kandinsky, der ein Genußmensch war und sich an bürgerliche Moralvorstellungen nicht immer hielt (obzwar verheiratet, lebte er mit der kongenialen Gabriele Münter in wilder Ehe), hatte die Palette aller bedeutenden Maler studiert, auch die von Tizian, der als größter Kolorist der italienischen Malerei, aber auch als bedeutender Porträtist gilt. Man denke an sein *Reiterbildnis von Kaiser Karl V.* In einem anderen seiner Porträts, des *Dogen Francesco Vernier*, stellt er sein Objekt vor einen dunklen Vorhang, neben dem eine Öllampe brennt. Den Rauch, den die Flamme erzeugt, hat das Blau, das wir von der Flamme des Schweißbrenners kennen. Noch deutlicher tritt uns die Farbe, die nach dem Künstler seither „Tizianblau“ genannt wird, in seinem *Porträt eines jungen Mannes*, 1511 gemalt, entgegen. Der Jüngling ist in ein Wams gekleidet, das eng wie ein Brustpanzer anliegt, es hat weite, bauschige Ärmeln wie man sie nach der spanischen Mode trug. Dieses Kostüm nun ist gänzlich in dem für Tizian so typischen Blau gemalt. Durch diese Kolorierung, die dominante Verwendung des Blau, zeigt sich ein sehnsüchtiger Drang, der seinen Bildern ihre Sensibilität gibt.

Um auf Hemingways Jagdgebiet, die grünen Hügel Afrikas, zurück zu kommen. Sein Kandinsky ist ein Österreicher, der nach Art seines Landes in Lederhosen gekleidet ist und einen Filzhut trägt. Ihn hat es nach Afrika verschlagen, wo er als Verwalter eines indischen Plantagenbesitzers sein Brot verdient. Hemingway und Kandinsky lernen sich per Zufall kennen. Kandinskys Lastkraftwagen, mit dem er Arbeitswillige für die Sisalplantage seines Chefs einsammelte, blieb eines Motorschadens wegen liegen.

Hemingway, auf der Rückkehr von seiner Jagd auf Kudus, bietet ihm an, die Nacht in seiner Lodge zu verbringen. Nachdem er selbst einen kräftigen Schluck aus seiner Hüftflasche genommen hatte, bietet er sie Kandinsky an. „Nein, ich trinke keinen Alkohol“ Beim Dichter stößt das auf Unverständnis, mehr noch dessen ironischer Vorwurf: „Wie können Sie Tiere jagen? Macht Ihnen das Spaß?“

Aus dem Bericht des Dichters wird klar, dass er den Hilfsbedürftigen am liebsten gelassen hätte, wo er war. Und Kandinskys Stimmung ist ebenso. Auch er hätte es vorgezogen, die Nacht in der Einsamkeit der Steppe zuzubringen. Die Naturen der beiden begegnen sich wie Feuer und Wasser. Doch weil sich Gegensätze anziehen, sieht man Kandinsky dann doch an Hemingways Lager. Und er eröffnet dann gleich das Gespräch, offensiv wie es der Europäer Art ist:

„Was machen Sie, wenn Sie nicht jagen?“

„Ich schreibe.“

„Was denn? Bücher, sind Sie Journalist, Publizist?“

„Alles von dem.“

„Ich habe herausgehört, Sie sind Amerikaner. Wer ist denn nun der größte Schriftsteller in Ihrem Land?“

Man hatte sich auf Feldstühlen niedergelassen, Hemingways Frau, Pauline (von ihm „Po“ genannt), hatte den Dienern den Auftrag gegeben, das Dinner vorzubereiten (Wildbret und zarte, gegrillte Maiskolben) und wirft ein: „Er sitzt vor Ihnen!“

Hemingway, der sich „Papa“ nennen ließ und dessen Arbeiten man auch als Literaturkritik lesen kann, wenn er seine Art zu schreiben gegen die anderer verteidigt, wiegelt, wenngleich geschmeichelt, ab.

„Mark Twain ist sicher ein Großer, an seinem Huckleberry Finn müssen sich alle messen.“

„Und Melville?“

„Ja die Leute loben ihn. Aber die Leute, die ihn loben, loben ihn wegen seiner Rhetorik, die unwesentlich ist. Sie geheimnissen etwas hinein, was nicht da ist.“

„Ja“, entgegnete Kandinsky. „Ich verstehe. Aber es ist der Geist, der arbeitet, seine Fähigkeit zu arbeiten, durch die die Rhetorik entsteht. Rhetorik sind die *blauen Funken aus dem Dynamo*“. [3]

Die Blaue Revolution

Picasso hatte seine *Blaue Periode*, die *Blauen Pferde* von Franz Marc entstanden in der *Blaue-Reiter-Bewegung*, die er entscheidend mitgestaltete.

In der *Schirn*, der Kunsthalle in Frankfurt am Main, gab es 2004/05 eine Retrospektive auf das Werk des 1928 in Nizza geborenen Yves Klein. Gezeigt wurden Arbeiten eines Künstlers, der Blau zu seinem Thema machte, der über die Abstrakten hinaus ging, die nur die bildnerische Form auflösten. Yves Klein ging einen Schritt weiter. „Yves le Monochrom“

malte nur in einer einzigen Farbe, der Farbe Blau, in seinem Blau, das er dann hatte patentieren lassen können als *IKB Internationales Klein Blau* (es ähnelt einem Ultramarinblau). Er nutzte Flammenwerfer als Pinsel, er ließ seine Modelle sich selbst malen, löst also die Spannung Künstler und Modell auf: Appetitliche junge, nackte Damen bestreicht er mit seinem Blau, sie wälzen sich anschließend auf Papierbahnen, Anthropometrie nennt er das. Der Künstler, von dem man sagt, er hätte nicht nur das monochrome Malen „erfunden“, sondern auch Konzeptkunst und Performance, tat in seinem schier grenzenlosen Selbstbewusstsein irgendwann einmal kund: „Als Malgrund für mein nächstes Bild möchte ich die Fläche von ganz Frankreich nehmen. Dieses Bild wird heißen: die Blaue Revolution!“

Warum die Farbe Blau? Weil es „die Farbe des Himmels, des Meeres, des Weltalls ... die blaue Blume der Romantik ... die blaue Stunde, in der alles möglich erscheint, was am helllichten Tag in die Ferne gerückt (ist) ... Wenn der Künstler die Welt wieder in Blau taucht, führt er die Menschen zurück in ein Paradies, wo es noch keine Trennungen, keinen Schmerz gibt“. So heißt es in einer Interpretation [4] des Werks des Künstlers, der im gleichen Alter starb wie Mozart, wie von Hutten, wie Büchner ... wie Jesus. Wen die Götter lieben, den nehmen sie früh zu sich.

Die blaue Blume der Romantik

Meist am Rande eines Ackers blüht die Kornblume, Aufmerksamkeit muss sie teilen mit dem Klatschmohn, der sie an Leuchtkraft übertrifft. Doch sie steht für Romantik, für Sehnsucht und Liebe, für das Streben nach dem Unendlichen.

So ist es bei Novalis, der die blaue Blume als erster für die Literatur entdeckte. Am Anfang seines Romans *Heinrich von Ofterdingen* erzählt ein Fremder dem gerade zwanzigjährigen Held von geheimnisvollen Fernen, von wunderbaren Schätzen und von einer Wunderblume, der „Blauen Blume“, die eine Chiffre ist für weltversponnene Sehnsucht und zugleich ein Symbol der Erkenntnis.[5] Novalis schreibt:

„Der Jüngling lag unruhig auf seinem Lager und gedachte des Fremden und seiner Erzählungen. Nicht die Schätze sind es, die ein so unaussprechliches Verlangen in mir geweckt haben; fern ab liegt mir alle Habsucht: aber die blaue Blume sehn' ich mich zu erblicken ...“

Andere Dichter der Romantik, Eichendorff zum Beispiel, machen die blaue Blume zum Thema.

Und Malern war sie ebenso Gegenstand ihres Strebens nach Ferne, nach Aufklärung, das Selbsterkenntnis bedeutet. Das in diesem Sinne aussagekräftigste Bild *Kreidefelsen auf Rügen* wurde von Caspar David Friedrich gemalt. Die blaue Blume spricht zu uns durch die Staffage, die Personen, die mit dem Rücken zum Betrachter stehen und in die Ferne, auf das Meer hinaus schauen. Der verträumte weite Hintergrund weckt im Betrachter den Wunsch, ebenfalls dorthin zu fliehen.

Die heilige Kuh

Umgangssprachlich ist der Begriff im Sinne von Tabu in Gebrauch, als etwas, das nicht angetastet werden darf. Sprachwissenschaftler weisen darauf hin, dass das Wort Kuh lautmalend sein kann. Im Sumerischen steht

das Wort „gu“ für Stier oder Rind.[6] So scheinen wir es übernommen zu haben.

In vielen nomadisch geprägten Kulturen gilt die Kuh als Statussymbol und als Gradmesser für Vermögen, da sie Lieferant von Nahrung, Bekleidung, sogar Behausung ist. Die Kuh wird Ritualen unterworfen, nur Priester dürfen sie zu besonderen Anlässen schlachten. Auch im deutschsprachigen Raum, in seinen weidewirtschaftlich geprägten Landstrichen, finden wir heute noch Spuren von Rinderkult, im Allgäu etwa, wo der Almbtrieb ein Spektakel ist, der besonders Touristen erfreut. In Österreich und Bayern wird der „Pfungstochse“ geschmückt. Kaum einem ist gegenwärtig, dass das an die Hallstattzeit erinnert, in der der Stier als heiliges Tier galt.

Und auch bei den Italikern, die ab dem zwölften Jahrhundert vor Christus auf die Halbinsel, von Norden her, einwanderten, dann von den Römern (ab 400 v. C.) unterworfen wurden, gab es „Stierkult“, den die Sieger aufnahmen und nach Südfrankreich, besonders nach Spanien exportierten. Pablo Picasso und Ernest Hemingway illustrierten uns das in unserer Zeit.

Wenn von „heiligen Kühen“ gesprochen wird, denkt man an Indien. In der Religion des Hinduismus ist der Schutz der Kuh bis heute ein wichtiges Element. Schon in den ältesten Schriften, den *Veden*, kommt die Kuh als Göttin vor, als Verkörperung der Erde. Ohne geklärte Butter für das Licht der Opferspeise, ohne ihre Produkte Milch und Joghurt, kann kein hinduistischer Gottesdienst stattfinden. Wie jedermann, selbst der, der noch nie in Indien war, weiß, laufen Kühe dort auch im Stadtverkehr umher, ohne dass sich jemand daran stören darf. Kühe sind tabu. Eben weil sie als Lebensspender gelten.

Die Blaue Kuh ...

ist eine Metapher für die Verbindung von Seele, Geist und Körper,
das Suchen nach dem Ungefähren, die Verdichtung auf die Farbe der
Erkenntnis und das Bewahren unserer Mutter Erde.

19. Dezember 2009

- [1] E. H. Gombrich, *Die Geschichte der Kunst*, deutschsprachige sechzehnte Ausgabe, Neuauflage in Broschur, Phaidon Verlag, Berlin 200, S. 570
- [2] Wassily Kandinsky, *Über das geistige in der Kunst*, Bentelli Verlag Bern, 1952, S. 93
- [3] Ernest Hemingway, *Die grünen Hügel Afrikas*, Gesammelte Werke, Band 9, Neuauflage, Oktober 2003, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, S. 26
- [4] Michael Hierholzer, zuständiger Redakteur der Beilage *Yves Klein. Die Blaue Revolution*, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 9. 2004
- [5] Hans H. Henschen, Stichwort *Heinrich von Ofterdingen* in: Manfred Kluge und Rudolf Radler (Hrsg.), *Hauptwerke der deutschen Literatur*, Edition Kindlers Literatur-Lexikon, München 1974, S. 269 f.
- [6] Kluge. *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. Bearbeitet von Elmar Seebold, 24., durchgesehene und erweiterte Auflage, Walter de Gruyter Verlag, Berlin/New York 2002, Stichwort Kuh, S. 544

Ein großer Rhöner

„Ich hab’s gewagt!“ - Das ist der Ausruf eines großen Rhöners am Ende seines Lebens. Und das war Ulrich von Hutten zweifelsfrei.

Geburt, Erblühen, Erwachen

Als Ritter, Humanist und Publizist wird er bezeichnet. Im Frühling, am 21. April 1488, morgens um halb Zehn erblickt er auf der Steckelburg das Licht der Welt, im Bergwinkel also, am süd-westlichen Rand der Rhön, in „Buchonia“, wie die Rhön ihres üppigen Buchenbestandes seinerzeit hieß.

Das Geschlecht derer von Hutten war vermögend und einflussreich. Auch der Vater hat den Besitz gemehrt. Er war weitgereist, erfahren und rücksichtslos. Ein Macher, wie man heute sagen würde. Als „Räuberbaron“ könnte man ihn auch bezeichnen, wie die Unternehmer, die in Amerika in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihr Vermögen mit rüden Methoden zu mehren wussten. Rockefeller, Carnegie, J. P. Morgan hießen sie, die Pioniere des Frühkapitalismus, die eine ebensolche Zeit des Umbruchs war wie die der beginnenden Neuzeit, in die Ulrich geboren wurde.

Sein Vater, der Reichsritter, kämpfte für den Kaiser an vielen Fronten: gegen die Ungarn, die Türken, auch gegen die abtrünnigen Schweizer. Und jedes Mal fiel für ihn dabei etwas ab. Private Fehden gegen einen seiner Nachbarn, den Grafen zu Hanau, bestand er mit Bravour. Auch mit den Thüngenern, die den Sinngrund beherrschten, hatten die von Hutten manchen Strauß ausgefochten. Sie mehrten die Zahl ihrer Hörigen, und

Ulrich senior quetschte sie alle bedenkenlos aus. Die Früchte der Fron setzte er auch für Darlehen ein, für die er Wucherzinsen verlangte. Er meinte, dass das christliche Zinsverbot für ihn nicht gelte. Denn der Clan hatte es vermocht, sich auch im Klerus Spitzenpositionen zu erobern. Ihre Gunst gewann er auch mit der Methode des Stifts. Das Benediktinerkloster Schlüchtern, Ableger des fuldischen Klosters, mit dessen Abt Ulrich der Alte im besten Einvernehmen stand, verdankt seine Entwicklung großzügigen Schenkungen der Familie. Zu ihren Schuldnern gehörte auch der Kurfürst Albrecht zu Mainz, der, im Auftrag der *Habsburger* vor allem aber mit Mitteln des Bankhauses Fugger, die entscheidende Stimme abgab zur Wahl von Karl V. zum Deutschen Kaiser. (Pikant übrigens, dass Albrecht von *Brandenburg* sich von Konkurrenten seines Hauses, den Habsburgern bestechen ließ). Albrecht spielte eine unrühmliche Rolle im Ablasshandel. Luther kritisierte das aufs heftigste.

Ulrich junior war der Sprössling eines Raubritters, man kann es nicht anders sagen. Er wurde in einen Stand hineingeboren, dessen Einfluss mehr und mehr schwand. Der Feuerwaffen wegen, die seit Jahrzehnten ihre Überlegenheiten gegenüber den gepanzerten Ritterheeren erwiesen hatten; aber auch wegen einer geistigen Strömung, die man Humanismus nennt. Sein Vater hingegen war noch in alten Traditionen verhaftet, ein Reaktionär, der die Zeichen der Zeit nicht erkannte. In seinem Weltbild gab es nur zwei Stände: Ritter und Geistliche, und zwei Orte: Burgen und Klöster. Und in beiden herrschte Öde.

Der Vater musste früh einsehen, dass sein Sohn als Nachfolger nicht taugte. Der Knabe hatte eine schwache Konstitution. Er musste miterleben, wie sein Vater als Gerichtsherr seines Territoriums Leibeigene im Burghof hängen ließ. Das hinterließ Spuren in seinem Wesen. Und so wandte er sich seiner empfindsamen Mutter zu, die Burgfräulein auf der Burg Brandenstein war

(man kann sie von der Steckelburg aus sehen), bevor sie der Räuberbaron 1486 heimführte. Die innere Beziehung zwischen Mutter und Sohn riss nie ab. Auch durch einen seiner Briefe ist das bezeugt, in dem er schrieb: „Die Steckelburg, die alte Feste meines Vaters, ist keine Wohnung für meine zarte Mutter.“ Er hatte Mitleid mit ihr, die auf dem „Krähennest“ an der Seite eines Grobian ihr Leben zubringen musste.

Der Erstgeborene wurde vom Vater als Elfjähriger in die Klosterschule nach Fulda gegeben, Geistlicher sollte er werden und als solcher den Einfluss seines Geschlechtes mehren. Ulrich erwies sich als strebsam und gelehrig, fiel positiv auf, auch Eitelwolf von Stein, dem vom Reich eingesetzten Adeligen, dem das Kloster zum Gehorsam verpflichtet war. Ihm widerstrebte der im Kloster praktizierte scholastische Geist des Mittelalters.

Dass Ulrich von Hutten aus der Klosterschule floh, ist nur schwach belegt. Tatsache ist, dass man ihn um 1505 als Student an der Universität Mainz und 1506 an der Universität Erfurt findet, die damals einen hervorragenden Ruf genoss, was auch Martin Luther bestätigte. Sein Förderer, Eitelwolf, hatte ihn bei dem Abt in Fulda mit dem Vorwurf „Du willst ein solch Talent zu Grunde richten?!“ ausgelöst. Er erkannte, dass sein Günstling anderes im Sinn hatte, als seine Untertanen zu knechten und auszubeuten.

In Erfurt lernte Ulrich das „Dreigestirn der Jung-Humanisten“ kennen, Crotus Rubeanus, Konrad Mutians und Eobanus Hessus, Eoban aus dem Hessischen also, der in allem äußerlich ein Gegenbild zu Hutten war, einem Kriegsmann ähnlich, wie Albrecht Dürer ihn porträtierte. Er war groß, wohlgebaut, trug einen starken Bart und hatte einen martialischen Gesichtsausdruck. Eobanus gab sich als Bohemien, doch war er auch von stupender humanistischer Gelehrsamkeit. Und er hatte Mut, der die Grenzen des Erlaubten häufig überschritt. Denn was Eobanus schrieb, ist pure

Blasphemie: fiktive Liebesbriefe Magdalenas an Jesus beispielsweise und Liebesbriefe Marias, der Unbefleckten, an Gottvater. Unverständlich, dass Eobanus' Schriften von der Obrigkeit geduldet wurden. Man mag ihn als jungen Spinner abgetan haben, weil er unmittelbaren politischen Einfluss nicht gewann, wohl dann aber durch seinen gleichaltrigen Schüler Ulrich, den er inspirierte, der von ihm provokant zu schreiben lernte und mit dem er ein Leben lang als Freund verbunden war.

Kampf gegen Rom und seine Vasallen

Um kennenzulernen, woher der neue Geist weht, treibt es Hutten an nahezu alle Universitäten des Deutschen Reichs. Dann auch nach Italien, dem Ursprungsland des Humanismus. Zwei Reisen dorthin sind belegt. Er studiert Rechtswissenschaften an der Universität Pavia (wohl auch, um seinen Vater zu besänftigen, der hinnehmen musste, dass der Sohn auch von der geistlichen Laufbahn nichts hielt), lernt Rom kennen, aus dem er wegen seiner Epigramme über den Zustand dieser Stadt fliehen muss und studiert auch in Bologna, wo er in Studentenkrawalle verwickelt wird und ebenfalls fliehen muss. - In Venedig allerdings, eine weitere Station, wird er durch humanistische Kreise geehrt.

Immer wieder kehrt er aber nach Deutschland zurück, auch auf die Steckelburg. Was ihn antreibt ist, den „Papismus“ zu bekämpfen, die schier unbeschränkte Macht der Römischen Kurie. Die „Römische Hydra“ hatte 1506 mit dem „Peterpfennig“ begonnen, Deutschland auszusaugen. Später kam die Perfidie „Ablaß“ hinzu. Schätzungen gehen dahin, dass etwa vierzig Prozent des deutschen Nationaleinkommens nach Rom flossen, auch um die Peterskirche zu bauen, die größte Kirche der Welt. Davon profitierten zweifellos bedeutende Künstler, Raffael, Michelangelo und

Bernini etwa. Aber dieses Bauwerk, dessen heutige Form und Ausgestaltung erst nach Jahrhunderten gewonnen wurde, war und ist ein Monument, das auch dem Größenwahn seiner Bauherrn sein Entstehen verdankt - wie die Pyramiden, deren Schöpfer sich ebenso als Stellvertreter Gottes auf Erden sahen wie die Päpste vordem und seither.

Ähnlich wie seinem Zeitgenossen Machiavelli, der, wie man seiner Hauptschrift *Il Principe* wegen leicht vergisst, die Einigung Italiens im Auge hatte, schwebte auch Hutten, mit gleicher Zielrichtung für das Deutsche Reichsgebiet, die Aufstellung eines stehenden Heeres vor, an Stelle von Söldnertruppen, die nur ein Ziel vor Augen haben, nämlich Beute zu machen. Es sollte im Kampf gegen Rom die militärische Basis bilden. Auch hätte es als Auffangbecken und als Versorgungsbasis für die Ritterschaft erhalten können, deren Zeit zu Ende ging. Hutten suchte die Fürsten, auch den Kaiser für seinen Plan zu gewinnen. Doch Maximilian, mehr noch sein Enkel und Nachfolger Karl V., schlugen sich auf die Seite der Kirche.

Die zweite Stoßrichtung von Huttens Kampf richtete sich gegen einen Teil der Fürsten. Die Kurfürsten waren die Mächtigsten von ihnen, die Erzbischöfe von Köln, Mainz und Trier, da sich in ihnen geistliche und weltliche Macht verband. So lässt er sich hinreißen von Franz von Sickingen, der nicht ideologische, sondern Machtziele hatte. Hutten selbst zettelte eine Reihe von Fehden an, die als „Pfaffenkriege“ bekannt sind. Doch sein blinder Aktionismus führt zu nichts. Und als sein Schutzherr, Franz von Sickingen, in seinem Feldzug gegen Trier scheitert, und mit ihm auch von Hutten, muss er fliehen, in die Schweiz, die sich vom Deutschen Reich abgenabelt hatte und sich als Zufluchtsort anbot wie in den Jahrhunderten danach.

Ulrich von Hutten war ein Vagant. („Ich wohne nirgendwo lieber als überall“, heißt es von ihm). Er musste es sein. Sein Vater hatte ihm früh schon die materielle Unterstützung versagt. In dessen Augen, denen des niederen Adels, verlor der seine Würde, der sich mit Wissenschaften beschäftigte. Doch vom Sohn liest man: „O Jahrhundert, o Wissenschaft. Es ist eine Lust zu leben. Die Studien blühen, die Geister regen sich. Barbarei nimm dir einen Strick und mach' dich auf Verbannung gefaßt!“

Hätte es im Deutschen Reich (wie in der Schweiz) damals schon Demokratie gegeben, müsste man Hutten ein APO-Mitglied nennen, vielleicht sogar einen Zugehörigen der RAF. Denn er war in seinen Methoden nicht wählerisch. Er war militant. Was er tat, war ideologisch nicht minder untermauert wie das Tun der RAF. Erasmus von Rotterdam, den Hutten für sich zu gewinnen suchte, lehnte seine Methoden ab. Luther ebenso, den Hutten erst durch dessen Thesenanschlag an der Schloßkirche zu Wittenberg, 1517, zur Kenntnis nahm, obwohl er ihm als Student schon 1506 hätte begegnen können. Luther studierte Jurisprudenz in Erfurt und war nach seinem Erweckungserlebnis am 2. 7. 1505 in das dortige Augustinerkloster eingetreten.

Von der Lustseuche befallen

Wahrhaft Einflussreiche konnte Hutten für seinen Kampf nicht gewinnen. So blieb er allein, nicht mit seinen Ideen, wohl aber in seinem Kampf - und allein mit seiner Krankheit. Als Zwanzigjähriger hatte er sich mit der „Franzosenkrankheit“ infiziert, die so benannt wurde, weil Kolumbus' spanische Söldner sie in Hispania aufgefangen hatten und sie überall streuten, wo sie sich nach Ende der Eroberungsfahrten anheuern ließen. Auch in Italien, wohin der französische König Truppen schickte, um

Neapel für sich zu gewinnen. Von dort breitete sich das Virus nach Deutschland, auch nach Leipzig aus, wo Hutten als Zwanzigjähriger studierte - und sich infizierte.

Es wird behauptet, dass selbst Höchstgestellte nicht von dieser venerischen Krankheit verschont blieben, selbst Päpste nicht. (In Rom lebten damals 14 000 Prostituierte). Die von der Lustseuche Befallenen, sahen die Krankheit zwar als unergründliche Strafe Gottes an. Aber vor allem suchten sie sie verständlicherweise zu bezwingen: mit Bädern, Fastenkuren, dann mit gemahlenem Guajak-Holz aus Südamerika, aus dem ein Brei gefertigt wurde, den man sich auf die Wunden strich. Auch Hutten, der ein anerkanntes medizinisches Werk über Ursachen und Symptome der Krankheit schrieb, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde, versprach sich heilende Wirkung von dieser Kur. Die Syphilis war und ist teuflisch auch deswegen, da sie sich in Schüben äußert. Der Kranke sieht sich auf dem Weg der Gesundung, wenn sie sich für Wochen oder Monate zurückzieht, doch Hoffnungen auf Gesundung erwiesen sich damals als trügerisch. Die Symptome sind ekelhaft. Hutten meinte, er sei so entstellt, habe einen solchen Gestank um sich verbreitet, dass er für jedermann ein Gegenstand des Mitleids, wenn nicht des Abscheus sei. Aber er wollte weiterleben. Fünfzehn Jahre kämpfte er zäh gegen die Krankheit - den er nicht gewinnen konnte.

Auch war er so stark, dass er das Mühen um Gesundung nicht zu seinem ausschließlichen Lebensprinzip erhob, wie Psychologen unserer Zeit, Viktor Frankl etwa, das denen vorschlagen, die von starkem Leid befallen sind. Darüber hinaus war ihm auch die Kraft gegeben, zu plädieren, zu schreiben - und zu tun! Krank zog er als humanistischer Wanderprediger Jahr um Jahr durchs Land. In seinen militärischen Aktionen und seinem schriftstellerischen Werk zeigt er sich als Sohn des Vulkan, des antiken

Gottes, den er in seinen Schriften häufig aufleben ließ. Aus Vulkanismus entstand das Gestein seiner Geburts-Landschaft, das Basaltgestein der Rhön, auf dem seine Heimatburg stand.

Briefe der Dunkelmänner

Dunkelmännerbriefe sind die bekanntesten Zeugnisse seiner literarischen Produktion.

Hutten, der die Tarnkappe überstülpt, stellt sich darin an die Seite von Johann Reuchlin, der sich als Philologe einen besonderen Namen gemacht hatte und als einer der führenden Humanisten, als „Zierde Europas“ galt. Reuchlin hatte den Zorn vor allem der Kölner Scholastiker, der dortigen Dominikaner, auf sich gezogen. Als Erforscher der hebräischen Sprache (das *Alte Testament* übersetzte er aus der Ursprache) und der jüdischen Kultur galt er als jüdischer Religionsphilosoph. Und das war ein Metier, das eine Denkweise voraussetzte, die manchen im mittelalterlichen Denken verhafteten Klerikern so stark widerstrebte (Juden hatten den Heiland umgebracht!), dass sie Schmähschriften gegen ihn in Umlauf brachten.

In den Jahren 1514 und 1517 sind einhundertzehn *Dunkelmännerbriefe* erschienen, überwiegend von Hutten, auch von Crotus Rubeanus, seinem Jugendfreund, verfasst. Methode war, den Gegner der Lächerlichkeit preiszugeben, ihn mit Hohn und Spott zu überziehen. Und dies alles aus der Anonymität heraus, als „Dunkelmänner“ eben. Die Satiriker taten, als wären sie selbst Angehörige der Dominikaner, was diese verwirrte, da in den Briefen Fragen umständlich breit erörtert wurden, die Selbstverständlichkeiten betrafen, wie das der Brauch der Kölner Dominikaner war. Man gab sich skurrile Namen wie Dollenkopfius, Löffelholz, Warmsemmel u. a. m., stöhnte darüber, dass das Denken

Kopfschmerzen bereite, weswegen man sich betrinken, den Bauch vollschlagen müsse. Die Humanisten, schrieben die in die Kutten der Dominikaner geschlüpften „Dunkelmänner“, beschäftigten sich nur mit neumodischem Kram, ihre Studenten liefen ihnen nur aus Dummheit hinterher. – Die Wirkung dieser entlarvenden Brief-Weisheiten war gewaltig, da das Volk die Pfaffen längst nicht mehr respektierte und die Zustände so geschildert wurden wie die Menschen das mit eigenen Augen sahen.

Als Schriftsteller übertraf Hutten kaum einer, Luther freilich, der wie Hutten dann auch auf Deutsch und nicht Lateinisch schrieb, der gelernt hatte, „dem Volk aufs Maul zu schauen“. Wie der Reformator hatte Hutten ein Talent zur plakativen Vereinfachung, was seinen Schriften besondere Durchschlagskraft verlieh. Dieses Talent imponierte selbst Kaiser Maximilian, der Hutten 1518 zum Dichter krönte. So sieht man den Geehrten denn auch auf einem Plakat, das 1988 zu seinem 500. Geburtstag (aus Anlass einer beeindruckenden Ausstellung in Schlüchtern) nach einem zeitgenössischen Holzschnitt gedruckt wurde: Hutten mit der Ritterrüstung angetan, mit dem Dichterkranz auf dem Haupt, seine Rechte umgreift den Knauf des Schwerts, man meint, er wolle es in diesem Augenblick ziehen.

Hutten, ein nationaler Held

Hutten verlieh dem deutschen Nationalbewusstsein als erster Ausdruck, auch darin Luther ähnlich, von dem man in seinen Tischreden vernimmt, stolz darauf zu sein, ein Deutscher zu sein. Den nach Emanzipation, Freiheit und Einheit strebenden Deutschen wurde das erst im 19. Jahrhundert so recht bewusst. Hutten wurde wieder entdeckt. Auch der Arminius-Kult entstand in dieser Zeit. Herrmann, dem Cheruskerfürst war

es gelungen, die Römer zu bezwingen. Die Deutsch-Nationalen rief das auf, ihm ein Denkmal im Teutoburger Wald zu setzen.

Huttens Steckelburg, von der man einen freien Blick über Land hat, lebt nur als Ruine fort. Er hatte nicht gewonnen und starb, gerade einmal 35 Jahre alt, vereinsamt im Exil und ist begraben auf der Insel Ufenau im Zürichsee. Arm an materiellen Gütern war er immer, und so starb er auch. Vielleicht strebte Hutten Reichtum irdischer Art auch gar nicht an. Jedenfalls schrieb er am frühen Ende seines Lebens : „Nicht Ruhm, Reichtum oder Herrschaft suchte ich zu erkämpfen, sondern das Ziel meines Lebens war, dem Vaterland die ihm gewaltsam entrissene Freiheit zurück zu erobern. So habe ich stets meiner Pflicht gemäß gehandelt, bis mich Neid und Arglist fällten.“

„Die Freiheit und das Himmelreich gewinnen keine Halben“

Auch diese Sentenz machte Hutten zum Programm. Alles was er tat, tat er mit ganzem Herzen. Ein „Halber“ war er keinesfalls.

Was soll man von einem solchen Menschen halten?

War er Revolutionär? Zweifellos. Als solcher geriet er mehrfach in Gefangenschaft, musste immer wieder vor dem Zugriff der Obrigkeit fliehen, in den Untergrund gehen, 1521 beispielsweise, als auf dem Reichstag zu Worms über Luther die Reichsacht verhängt wurde und der Papst Huttens Auslieferung verlangte.

Ist er Bankrotteur? Da er außer seiner Feder nur Schulden hinterließ? Zwingli, der Schweizer Reformator, regelte seinen Nachlass.

Ist er Ritter? Das allemal. Seine Herkunft konnte und wollte er nicht leugnen. In seinen kämpferischen Aktionen ist er ganz der Sohn seines Vaters, während er das Künstlerische von seiner Mutter empfing, die auch von Adel war. Ritterlich war er, wenn es um die Verteidigung von humanistischen Idealen ging. So ist uns das Wort im Sprachgebrauch überliefert.

Ist er ein Dichter, ein Publizist, wie er auf dem benannten Plakat auch bezeichnet wird? Auch das zweifelsfrei. Kaum einer der kämpferischen Literaten des 19. Jahrhunderts, das die politische Einigung Deutschlands brachte, fehlt, ihn zu rühmen. Als „Letzter Ritter“ wird er hervorgehoben, wie Maximilian, der auf dem Kaiserthron ein solcher war: „Führwahr, ein seltner Schreiber, der mit der Klinge schrieb! Führwahr ein seltner Ritter, der mit dem Kiele hieb!“, besingt ihn ein Lyriker des deutschen Vor-März. Und dann gibt es Hutten-Dramen in der Zeit des pulsierenden Einigungsstrebens, ab 1848, mindestens sieben kann man zählen.

Am Ende seines Lebens, im Wissen um sein Scheitern, auch den Kampf gegen die Syphilis musste er verloren geben, schrieb er als Summe seines Lebens sein letztes großes Gedicht. Am Anfang heißt es:

Ich habs gewagt mit sinnen

Und trag des kain rew

und am Schluss

Ich waiß noch viel

Last Hutten nit verderben!

Wir lassen ihn nicht verderben, den großen Rhöner. Mit der Idee des Humanismus strebte er ins Ungewisse. Wie sein Zeitgenosse Kolumbus, der sein „Indien“ (den amerikanischen Kontinent) erreichte, und wie Magellan, der den wahren Weg dorthin entdeckte, doch einer Heimtücke zum Opfer fiel, bevor er seinen Fuß auf dieses indische Paradies hätte setzen können.

Entdecker-Unternehmer werden gebraucht, die Huttens Flagge hissen: „Ich hab’s gewagt!“ Pioniere des Humanismus ebenso, auch wenn sie scheitern. Denn ohne Versuch und Irrtum gibt es keinen Fortschritt.

14. Dezember 2009

Einwürfe zum Tagesgeschehen

Warum der Aufschwung bald kommen wird



Es spricht manches dafür, dass Münteferings Wunschkandidat ein blindes Huhn ist, das auch mal ein Korn findet.

Zur Zeit gibt es eine Inflation von Konjunkturprognosen. Eine Art Wettbewerb ist unter deutschen Instituts-Akademikern entbrannt, wer denn das Untergangsszenario noch krasser beschreiben könne. Ein Minus wird vom nächsten Minus übertrumpft.

Das Wort Waldsterben ist eine deutsche Erfindung. Deutsche lieben Griechenland, auch wegen seiner Theaterdichtungen, die zumeist dramatisch sind. Und Portugal mit seinem Fado, dem melancholischen Gesang. Wir fahren dorthin und jammern auf sonnigem Terrain.

Natürlich werden wir in diesem und dem nächsten Jahr Einbussen hinnehmen müssen. Längst rollt die Entlassungswelle, die Arbeitslosigkeit schreitet fort. Viele haben mit ihren Geldanlagen erhebliche Verluste erlitten; können, beispielhaft, ihre Immobilien, wenn überhaupt, nur mit großen Abschlägen verkaufen.

Dennoch: nur die Großwetterlage ist düster, nicht das Klima (- das sich bekanntlich erwärmt). Es gibt Anzeichen, auch Gründe, dass es zu einer wirklichen Tragödie nicht kommt.

Erstens ist zu konstatieren, dass unser Sozialsystem immerhin *einen* Vorteil hat: die eingebauten Stabilisatoren. Kurzarbeiter-, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenunterstützung fangen die Betroffenen auf, so dass sie auf niederem Niveau immerhin ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das amerikanische System des *hire and fire* ist da viel kruder. Aber da es dort den Staat in dieser Sphäre nicht gibt, stehen private Hilfsorganisationen bereit, die in die Bresche springen (- zur Zeit haben sie enormen Zulauf).

Viele Arbeitslose in Amerika fallen deswegen ebenfalls nicht durch den Rost. „Privat“ ersetzt dort „Staat“, der hierzulande so viel kostet.

Zweitens: Die hohe Sparneigung in Deutschland ist weltweit Spitze. Sie hat Reserven geschaffen, die es uns immer noch erlauben, sich den einen oder anderen Luxus zu gönnen. Der Tourismus ist weniger abgestürzt als andere Branchen. Zwar reist man nicht mehr so häufig auf die Seychellen, aber doch noch in den Bayerischen Wald.

Der private Konsum wird aus Quellen gespeist, für die Milton Friedman einst den Begriff „permanentes Einkommen“ erfand. Wenn nötig wird Sparkapital aufgelöst und in den Ausgabenfluss eingespeist. Vor allem seine liquiden Formen, die hierzulande nach Altväter Art immer schon bevorzugt wurden. Die Scheu, in Aktien oder andere Realwerte investiert zu haben, die derzeit besonders gebeutelt sind, erweist sich momentan als Vorteil. Auch die Tatsache, dass Vermögen schon seit ein, zwei Generationen gebildet werden konnten, wirkt sich stabilisierend aus. Es setzt das Dritte Alter, das weniger ausgibt als es Einkommen hat, in die Lage, die Jungen bei großen Ausgaben zu unterstützen. Der wider Erwarten große Erfolg der „Abwrackprämie“ zeigt, dass Omas bereit sind, ihre Spardosen zu öffnen, wenn teure Anschaffungsgüter zu bezahlen sind. Die Leute haben Geld, wenn sich ihnen ein Schnäppchen bietet.

Drittens: Die Krise ist bekanntlich international. Alle Länder haben ein Problem. Das erhöht zwar das Potenzial der Krise, andererseits wird aber auch der Konsens gefördert, überall und schnell etwas gegen die Malaise zu tun. Alle Staatschefs stehen unter Druck, auch weil sie selbst nicht Opfer des von ihnen angerührten Desasters werden wollen.

Anders als in der Grossen Depression, die ihre Brisanz erhielt, weil die meisten Regierungen sich zur *Austerity-Politik* verpflichtet sahen, gibt es heute weitgehende Übereinstimmung über die zu treffenden Maßnahmen. John Maynard Keynes, der einflussreichste Ökonom des zwanzigsten Jahrhunderts, stand mit seiner Überzeugung Pate, dass öffentliche Sparsamkeit auch Schlechtes bedeuten kann. Wie jetzt, wo es darum geht, ausfallende private Nachfrage durch öffentliche zu ersetzen. Hätte es in frühen dreißiger Jahren die sparsame, die (*Austerity*-)Haushaltspolitik von Reichskanzler Brüning nicht gegeben, die prozyklisch wirkte und die Krise noch verschärfte, wäre uns Adolf Hitler erspart geblieben. Das weiß man hierzulande. (Dass Keynes Empfehlungen des *deficit spending* andere Krisen heraufbeschwören kann, wenn ihnen konjunkturunabhängig gefolgt wird, steht auf einem anderen Blatt).

Viertens: Der Auftragsschwund bei den Unternehmen fordert sie zu zweierlei heraus: sich zu entschlacken, sich ihrer Bürokratie zu entledigen, was ihr Kostengefüge verbessert; und sich mit noch größerem Eifer der Entwicklung besserer Produkte zu widmen.

Es geht ums Überleben, Not macht erfinderisch, und da fällt einem manches ein.

Fünftens: Manche Finanzanalytiker haben diese Rationalisierungsbemühungen schon erkannt. Obwohl die meisten Indikatoren nach unten zeigen (außer der Konsumlaune, wie gesagt) - die Börsenindizes tun das seit einigen Wochen nicht. Es scheint, als hätten sie ihren Boden gefunden. Das gilt für viele Aktienmärkte, auch für den so wichtigen Rohstoff Öl. Unter 50 Dollar fällt er nicht. Die Risiken scheinen „eingepreist“, wie ein treffendes Börsenkürzel lautet. Die niederen Kurse bieten Chancen. Damit wirken Börsen als volkswirtschaftliche Stabilisatoren. Anders würde das marktwirtschaftliche System ja auch nicht

funktionieren, das selbst in dieser Krise seine Existenzberechtigung nicht verloren hat.

Sechstens: An Finanzmasse fehlt es nicht, internationale Liquidität ist genug vorhanden, freilich an anderen Stellen als zuvor. China, das über die bei weitem größten Devisenreserven der Welt verfügt, also über *aktuelle* Liquidität anders als Amerika, das sich seine Liquidität immer wieder beschaffen muss, hat schon vor ein, zwei Jahren begonnen, Papierdollars in Rohstoffe umzutauschen. Manche Mehrjahresproduktionen wurden schon aufgekauft, nicht nur weil das Land ihrer zum Aufbau der eigenen Industrien bedarf. Dass das Land autoritär geführt wird, heißt nicht, dass sich seine Regierenden nicht kapitalistischer Mechanismen bedienen würden. Zwar wird man weiter Papierdollars in Form von Staatsanleihen kaufen - oder halten. Aber nur, weil man sich andernfalls schaden würde. Gäbe man amerikanische Schuldpapiere (ein großer Teil der Reserven ist darin angelegt) an den Markt, würden die Kurse fallen, man schösse sich selbst ins Knie.

Woran vor zehn, zwanzig Jahren noch niemand dachte, ist eingetreten. Die beiden größten Mächte dieser Erde befinden sich in einer Zweckgemeinschaft. Sie brauchen einander. Einen Finanz- oder Handelskrieg wird keiner von ihnen entfachen. Die Situation ist eine fundamental andere als die zu Zeiten des Kalten Krieges, als sich auch zwei Mächtige (die UdSSR und die USA) gegenüberstanden. Damals sprach man von einem Patt, in dem gegenseitige Furcht das labile Gleichgewicht aufrecht erhielt.

Auch manche Ölförderstaaten begeben sich auf Schnäppchenjagd, sie kaufen Bankanteile und Aktienpakete von Stars der Industrie (- wie bei Daimler jüngst geschehen) zu Vorzugspreisen. Damit geben sie nicht nur

willkommene Signale an die Börse; sie erwerben Substanz und *Know How* für sich, und sie erhöhen den internationalen Verflechtungsgrad, was ebenfalls stabilisierend wirkt.

Siebtens: Liquidität, wie gesagt, ist genug vorhanden, man muss längst von einem Überfluss an diesem Schmierstoff reden. Das wirkt sich momentan zwar noch nicht so aus, dass Banken der Privatwirtschaft zügig Kredite gäben. Aber andere Sammelstellen von Liquidität weltweit (Lebensversicherungen, Staats- und Privatfonds) lassen die Liquidität, die sich bei ihnen angesammelt hat, in den Kreislauf zurückfließen. Nicht nur in Staatspapiere und andere Obligationen. Sie kaufen Realwerte, weil sie es „müssen“, um Chancen nicht zu verpassen, die ihnen diese bieten. Man weiß auch um die Inflationsgefahr, die die weltweite Überschussliquidität in sich trägt. Und da ist man bei Realwerten auf der sicheren Seite. Die Kurse der Festverzinslichen sind ausgereizt, die niederen Zinsen reflektieren das. Weil die Investoren das so sehen, werden die Kurse an den Aktien- und anderen Realmärkten steigen. Die Börsen eskomptieren, sie sehen die Zukunft voraus. Die Bullen an den Börsen wagen sich hervor. Die Impulse, die da und dort von antizyklisch investierenden Großanleger ausgehen, werden Wellen schlagen. Und dann wird sich die alte Börsenweisheit bestätigen: Wie die Baisse die Baisse nährt, so nährt die Hausse die Hausse.

Achtens: Vertrauen ist der wichtigste Rohstoff für die Börse wie für das kapitalistische System schlechthin. Die G-20-Staaten, die sich in wenigen Tagen zusammenfinden, werden, wenn nicht Vertrauen, so doch Ruhe schaffen, Panik aus den Märkten nehmen. Das hat auch das *Bretton-Wood-System* zu Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht. (Ob die Regularien, die man sich ausdenkt, auf Dauer hinreichend sind, wird sich erweisen. Mir scheinen sie sub-optimal, so weit man das bis dato aus den Entwürfen erkennen kann). Auf jeden Fall ist eines zu konstatieren: Die zwanzig

Staaten haben sich zum Kapitalismus bekannt, ohne dass vermutlich alle ihre Führer das so verstanden wissen wollen. Das Finanzsystem ist der Blutkreislauf im Corpus der Weltwirtschaft. Lenins Diktum, dass, wer das kapitalistische System vernichten will, das Geldsystem zerstören muss, werden sie nicht folgen. Insofern ist die Mammutkonferenz schon jetzt ein Erfolg.

Und so kann es durchaus sein, dass der vollmundige Gerhard diesmal richtig liegt: „Die Krise ist vorbei, basta!“

28. März 2009

Nachrichtlich: Als dieser Artikel geschrieben wurde, hatte der DAX seinen niedersten Stand von 3600 Punkten (Anfang Februar 2009) gerade verlassen; bei der Kompilierung dieses Artikel, ein Jahr später, stand er bei 5600.

Deutschland ist konfliktfeindlich

(Brief an den Verleger, Herrn Dr. h. c. mult. W. Georg Olms, Hildesheim vom 28. 4. 2009)

Sehr geehrter Herr Dr. Olms,

die Politik hat die Bewerberin um das Amt des Bundespräsidenten, Frau Gesine Schwan, desavouiert, nachdem sie darauf hingewiesen hatte, dass die gegenwärtige Krise eine Revolution auslösen könne. Besonders schmerzlich ist es, dass ihr ihre Partei, die S P D, die sie nominierte, in den Rücken gefallen ist, wo doch der einst allseits zu Recht anerkannte Chef-Ideologe dieser Partei, Peter Glotz, auf eben diese Möglichkeit hinwies - vor knapp vier Jahren, als die Krise noch keineswegs die heutigen Ausmaße hatte (vgl. auch S. 37 meines bei Ihnen verlegten Buches).

Am 27. April erschien ein Artikel in der FAZ , der unter dem Titel *Die Personalie der Woche* über Ralf Dahrendorf, Baron of Clare Market (man ist geneigt, das mit Marktwirtschaft zu übersetzen) in the City of Westminster berichtete, der am 1. Mai seinen achtzigsten Geburtstag feiert. Partrick Bahners, ehemals Leiter des Feuilletons der Zeitung, der auch über Kohl eine Biographie verfasste, schreibt: „Undenkbar soll sein, dass die Krise ein revolutionäres Potential enthalten könnte. Beschwichtigung ist erstes Gebot.“ Dahrendorf, Sohn eines sozialdemokratischen Widerstandskämpfers, der als Fünfzehnjähriger in Gestapohaft gesessen hatte, „beschwor im ersten Monat des Jahres 1968 eine revolutionäre Situation nach dem Muster von 1789. Er ließ seine Kritik an der Sprache der Großen Koalition (!), an den stehenden Wendungen eines Status-quo-Denkens in der Verfassungs- und Deutschlandpolitik ... umschlagen in eine Diagnose der Illegitimität“ und forderte seine S P D – Parteifreunde auf,

„die von den Studenten ausgehende ‚Unruhe‘ als liberale Potenz anzuerkennen“. Er sprach davon, dass in der Demokratie die Macht bürokratischer „Dienstklassen“ typisch sei (bei mir heißen sie nach Ortega „Zufriedene Junge Herren“), „deren hierarchisches Denken in Spannung zu Demokratie und Markt stehe“ und mahnte (ähnlich wie Ortega): „Die Epoche der faschistischen Bedrohung liegt nicht hinter uns, sondern in wesentlichen Teilen noch vor uns“.

Ich sehe im Kommunismus die größere Gefahr, wiewohl es, in den Neuen Ländern besonders, bekanntlich viele Nazi-Nester gibt (sicher auch als Antwort auf die starke Macht, die der post-kommunistischen P D S innewohnt. Weimarer Verhältnisse?).

Was wir von Dahrendorf lernen können, ist die Akzeptanz des Konfliktes als schöpferische Methode.

Warum ich dies thematisiere?

Im Buch *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus* (1977) von Rudolf Bahro, der ein mutiger Insider war, heißt es: „Unser real existierender Sozialismus ist eine prinzipiell andere Ordnung als die in der sozialistischen Theorie von Marx entworfene. Man kann diese Praxis mit jener Theorie vergleichen, aber darf sie nicht an ihr messen“. (Übersetzt: Unser real existierender Kapitalismus ist eine prinzipiell andere Ordnung als die in der marktwirtschaftlichen Theorie von Ludwig Erhard entworfene). Und weiter Bahro: „Die Struktur des real existierenden Sozialismus (wird geprägt durch) seine bürokratisch-zentralistische Arbeitsorganisation, sein Charakter als geschichtete Gesellschaft, die ausgeprägte Ohnmacht der unmittelbaren Produzenten, die relative Schwäche seiner Produktivitätsantriebe, seine politisch-ideologische Organisation als

quasi-theokratischer Staat.“ (Züge davon, was Bahro für den real existierenden Sozialismus beschrieb, hat auch unser real existierender Kapitalismus, wer will das bestreiten?) Und Bahro schließlich: „Die Welt verändert sich in einem ebenso ermutigenden wie bestürzenden Tempo – bestürzend deshalb, weil der Gesamtprozess... auf eine Situationen zutreibt, die niemand gewollt hat. Der ... weitere Aufstieg des Menschen als Gattung und als Individuum kann nur gewonnen werden, wenn die Unterschiede in den Entwicklungschancen fallen, in jedem Land und in der ganzen Welt“ .

Mein Buch *Unternehmer – Verkannte Elite? Von der Kleptokratie zur Meritokratie* verfolgt ja nicht nur das Ziel, auf die Diskriminierung der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) aufmerksam zu machen speziell durch die politisch geduldete Praxis der „Großmächte“, sondern auf die Beschwichtigungspolitik hinzuweisen, die die Politiker verfolgen und die nur ein Ziel kennt: Machterhalt. Der Unternehmer ist Dienender und lässt sich an Erfolgen messen, anders als die, die über uns herrschen. Ihm muss der ihm gebührende Platz in der Gesellschaft eingeräumt werden, er ist berufen, den Staat zu führen. Dann verschwinden Mehltau und Sklerose.

Es muss eine demokratische, eine weiße Revolution geben.

Dahrendorf hat auf die Möglichkeit der Revolution aufmerksam gemacht. Sein Geburtstag gibt Anlass, uns daran zu erinnern. Also: Unternehmer aller Länder vereinigt euch!

Mit freundlichen Grüßen

Ausgerechnet Geithner

(Leserbrief an die Herausgeber der Frankfurter Allgemeine Zeitung, erschienen am Samstag, den 30. Mai 2009, S. 9, zu: „Geithner gibt der Fed die Schuld an der Krise.“)

Die Weltwirtschaftskrise hat nach Berechnungen der Weltbank Schäden in Höhe von 50 Billionen Dollar verursacht. Timothy Geithner outet sich, dass er zwischen 2003 und 2008 Präsident der Federal Reserve Bank (Fed) von New York war. Er weist alle Schuld von sich, geht in den öffentlichen Beichtstuhl und glaubt sich aller Sünden ledig. Soll man ihn der Dummheit zeihen oder der Untreue – nicht nur an seinem Volk? „Yes, we can!“ – Warum hat Präsident Obama einen der Hauptverantwortlichen der größten Weltwirtschaftskrise der letzten hundert Jahre zu seinem Finanzminister gemacht? Warum wird keiner der Verantwortlichen auf der Behördenebene zur Rechenschaft gezogen?

Ein Querdenker wird zurecht gewiesen

Es fehlt ja nicht an Buh-Männern in der deutschen Politik. Jeder kann einen identifizieren, in welchem Lager er auch steht. Neuerdings hat man sich Thilo Sarrazin (SPD) ausgedacht, Mitglied des Vorstands der hoch respektierten Deutschen Bundesbank. Was ist es denn, was die Menschen so vergrault, selbst Herrn Braunberger, Kolumnisten der Frankfurter Allgemeine (5. Oktober 2009)?

„Sarrazin muss gehen!“, heißt es. Aber was hat er denn gemacht? Er hat sich politisch geäußert zur soziographischen Situation in Berlin, wo er bis zu seinem Antritt als Vorstand der Bundesbank Senator für Finanzen war. Man liest von ihm: „Die Stadt Berlin hat einen produktiven Kreislauf von Menschen, die Arbeit haben und gebraucht werden ... Daneben hat sie einen Teil von Menschen ..., die nicht ökonomisch gebraucht werden, 20 Prozent leben von Hartz IV und Transfer-Einkommen; bundesweit sind es nur 8 bis 10 Prozent. Dieser Teil muss sich auswachsen.“ Und: „Berlin ist belastet von zwei Komponenten: der 68-er Tradition und dem Westberliner Schlampfaktor ... Je niedriger die Schicht, um so höher die Geburtenrate. Die Araber und Türken haben einen zwei- bis dreimal höheren Anteil an Geburten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Große Teile sind weder integrationswillig noch integrationsfähig ... Meine (Sarrazins) Vorstellung wäre: generell kein Zuzug mehr außer für Hochqualifizierte und perspektivisch keine Transferleistungen mehr für Einwanderer ...“ Sarrazin zitiert dann noch den Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky, der von einer Araberfrau erzählt, „die ihr 6. Kind bekommt, weil sie durch Hartz IV damit Anspruch auf eine größere Wohnung hat ... Der Weg, den wir gehen“, so Sarrazin, „führt dazu, dass der Anteil der intelligenten Leistungsträger aus demographischen Gründen kontinuierlich fällt“.

Der Vorstandssprecher der Bundesbank, Axel Weber, parteilos, rüffelt seinen Kollegen Sarrazin, die Berliner Staatsanwaltschaft prüft, ob die Äußerungen Sarrazins den Anfangsverdacht der Volksverhetzung erfüllen. Doch Sarrazin entschuldigt sich nur lau, weil er sich sicher ist, nur allzu Bekanntes, statistische Wahrheiten seiner Heimatstadt Berlin zum Besten gegeben zu haben, die er aus seiner politischen Zeit und als erfolgreicher Finanzsenator bestens kennt.

Wenn man in den Vorstand der Bundesbank eintritt, muss man also mit seinen politischen Überzeugungen hinterm Berg halten, ansonsten wird einem der Maulkorb umgeschnallt. Wenn man sich indes die Besetzung des Notenbank-Vorstandes anschaut: alle waren vordem politische Mandatsträger, ausschließlich aber von CDU, CSU und SPD. Da hatten sie sich nie abstinent verhalten wie andere politischen Instanzen (Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Finanzminister ...) nicht, wenn es um geldpolitische Entscheidungen der Bundesbank ging.

Deutschland ist konfliktscheu, konsensorientiert. Wenn ein Aufrechter mal eine Meinung kundtut, die nicht stromlinienförmig ist, sucht man ihn abzustrafen. Dabei braucht der politische Prozess gerade in Deutschland solche Querdenker wie Thilo Sarrazin, der ausspricht, was viele seiner Kritiker nur zu denken wagen.

6. Oktober 2009

Spitzel im Parlament?

Unter öffentlichem Druck musste ein halbes Dutzend Volksvertreter des Landtags in Potsdam eingestehen, dass sie als Spitzel der Staatssicherheit zur Verfügung standen. Sämtliche gehören sie der Partei *Die Linke* an - Nachfolgerin der kommunistischen *SED*, die gut ein Fünftel unserer Landsleute vier Jahrzehnte lang einsperrte, drangsalierte und gleichzuschalten versuchte. Welche Bedrückungen das mit sich brachte, bezeugt Uwe Tellkamp in seinem autobiografischen Buch *Der Turm*.

Die Führung der Spitzelpartei sucht das Verhalten ihrer Genossen mit dem Hinweis zu relativieren dass es auch in der Alten Bundesrepublik Nationalsozialisten gab, die in höchste Staatsämter aufstiegen. Was wahr ist. Einer dieser Durchgeschlichenen wurde deswegen von Beate Klarsfeld geohrfeigt. Ein Gleicher, ein Österreicher, hatte es sogar zum Präsidenten der *Vereinten Nationen* geschafft.

Die ungeschminkten Kommunisten beklagen, dass sie von den Verstrickungen ihrer Brüder und Schwestern ins Denunziantentum nichts wussten. Hätten sie sich nur rechtzeitig offenbart, sagen sie, könnte man ihnen vergeben. Und dann sei auch nichts dagegen einzuwenden, wenn sie im Landtag sitzen und für uns Gesetze machen. Überdies: Spitzel gäbe es auch bei *Telekom* und anderen kapitalistischen Organisationen.

„Geht in den öffentlichen Beichtstuhl und ihr seid all eurer Sünden ledig!“

Ist das die Moral?

„Der schlimmste Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“

Und deshalb meine ich, Schufte, Stasi-Kollaborateure, Wendehälse sollten keine politischen Ämter mehr bekleiden dürfen. Das ist eine Frage der politischen Hygiene. Da das von einem Teil unserer politischen Elite anders gehandhabt wird, wird die Politik(er)-Verdrossenheit in unserem Land weiter steigen. Die so praktizierte Demokratie wird ausgehöhlt. Es gibt sie bald nicht mehr. Die französische intellektuelle Simone Weil forderte vor Jahrzehnten die Abschaffung der politischen Parteien. Sie seien „Maschinen zur Fabrikation kollektiver Leidenschaften“ und „prinzipiell totalitaristisch“. Und das ist *Die Linke*, die bald die *SPD* verschlingen wird. Sozialistische Einheitspartei Deutschland - *SED Neu* wird dann der trübe Aufguss heißen.

11. Dezember 2009

Der Turmbau zu Dubai

Scheich Maktoum hat sich zu seinem vierten Thronjubiläum den höchsten Turm der Welt geschenkt. Von seiner Plattform aus kann man viele hundert Kilometer über den Golf der Perser sehen, ein Leuchtturm für Seefahrer ist er, und für Piloten kann er gefährlich werden.

Nach Babylon ist es höchstens eine Flugstunde weit.

Der Jubilar, dessen Familie schon seit hundertfünfzig Jahren herrscht, lässt sich als weiser Herrscher feiern. Vielfach wies er darauf hin, dass die Entwickler seines Territoriums von Perlentauchern abstammen; und was er mit ihnen aus seinem Land gemacht habe. Dubai ist nicht so reich an Bodenschätzen wie das Nachbar-Emirat Abu Dhabi. Deswegen verlegte man sich in Dubai aufs Baugeschäft. Sultan Bin Sulayem, der Herr der „Palmeninsel“, verkündete vor einiger Zeit, dass Dubai die Vision habe, das Beste der Welt an einem Ort zusammenzuführen. Und Ahmed al Habtoor, auch ein Günstling des Emirs, ließ uns wissen: „Im Bau sind wir der Marktführer!“

Nun aber wurde das Emirat selbst Opfer der internationalen Finanz- und Immobilienkrise. Die Hybris der westlichen Staatsführer und die Gier ihrer Manager haben sie ausgelöst. Auch die, die in Dubai ihre Büros haben?

Die Bewohner der „Palmeninsel“ schimpfen über den Gestank, den das Brackwasser zwischen den Palmenzweigen macht (man hatte die Drainage falsch konzipiert), und ob alle Flächen im Turm von Dubai Abnehmer finden, steht dahin. (Auch das Empire State Building stand über Jahre leer). Hätte Scheich Maktoum nicht einen reichen Verwandten in der Nachbarschaft, der ihm jüngst zehn Milliarden Dollar zuschanzte, wäre der Herrscher pleite.

Der Koloss wurde denn auch nicht nach dem Bauherrn, sondern nach dem reichen Vetter aus Abu Dhabi benannt. „Burj Khalifa“ heißt das 828 hohe Gebäude, das man Wolkenkratzer nicht nennen kann. Denn Wolken gibt es in diesem Teil der Erde praktisch nicht.

Manche Parallelen gibt es hierzulande zum Gebaren der Regenten im Morgenland. Und nicht alle haben ein Happy End. So ist bekannt, dass der Souverän des „Emirats“ von Sachsen-Hildburghausen seinen Thron 1826 räumen musste. Wegen zu üppiger Hofhaltung ging er zugrund. Die Staatsfinanzen waren zerrüttet. Er hatte ein Schloss gebaut, das seinen Möglichkeiten nicht entsprach, da er auch Schuldendienst zu leisten hatte aus dem *Siebenjährigen Krieg*, in dem man sich den Preußen hatte anschließen müssen. Sein Vetter, der Herzog von Sachsen-Meiningen, war nicht so großzügig wie der Scheich Khalifa von Abu Dhabi. Er löste ihn zwar aus, aber vereinnahmte im Gegenzug sein Herzogtum und verwies den Gescheiterten des Landes. Ein Refugium wurde ihm im Herzogtum Sachsen-Altenburg zugewiesen. „Austragshäusel“ kann man es nicht nennen, denn es war ein immerhin ein Schloss.

Jeder von uns weiß um den Turmbau zu Babel. Trotz seines geringen Umfangs von nur neun Versen, ist das eine der bekanntesten Geschichten aus dem *Alten Testament*. Die Bibel erzählt von einem Volk, das in einer Ebene eine Stadt mit einem Turm bauen wollte „mit einer Spitze bis zum Himmel.“ Dem Herrn missfiel das. Er befürchtete, dass dem Volk nichts mehr unerreichbar sei, was es sich vornahm, dass es übermütig würde. So verwirrte er ihre Sprache und vertrieb das Volk über die ganze Erde.

Der Turmbau zu Babel (er wurde nie fertig gestellt) ist als Gleichnis zu sehen, dass die Menschheit sich überhebt, dass sie Gott gleich sein will.

Und die babylonische Sprachverwirrung hat Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. „Babel“, die Stadtbezeichnung, ist in der hebräischen Fassung der Bibel ein Wortspiel, das so viel heißt wie „Geplapper“. Im *Neuen Testament* wird die babylonische Sprachverwirrung in der Pfingstgeschichte wieder aufgenommen. Der Heilige Geist bewirkt in dieser Erzählung, dass sich alle Menschen verstehen können, wenn sie nur gläubig sind.

Haben die Reichen im Morgenland das *Alte Testament* nicht gelesen, das doch auch ein Teil ihrer Heiligen Schriften ist ? Oder wird auch ihr Zepter von Gier und Größenwahn geführt?

11. Januar 2010

Gib ihnen Saures!

Kaum haben wir uns von dem Schock erholt, dass die Kaffeeröster uns durch unzulässige Preisabsprachen um Milliardenbeträge erleichtert haben, werden wir mit der Meldung konfrontiert, dass es eine Großraffia bei Handelsketten gab. Fast alle Großen sind im Visier der Bonner Wettbewerbsbehörde. Zu den am 14. Januar durchsuchten Handelsunternehmen zählen außer ALDI (!) alle Großen der Branche, die großen Supermarktbetreiber und Lebensmittelhändler EDEKA aus Hamburg, REWE aus Köln und der Düsseldorfer Metro-Konzern, der besonders preis-aggressive Discounter LIDL, die Drogeriemarktkette Rossmann und die führende Fachhandelskette für Tiernahrung Fressnapf. Sie sollen über Jahre hinaus ihre Preise für Kaffee, Süßwaren und Tiernahrung abgesprochen haben. Das Kartellamt könnte drastische Geldbußen verhängen, wie gegen die Kaffeeröster, die 160 Millionen Strafe zahlen sollen. Natürlich haben sie dagegen Einspruch eingelegt.

Im jüngsten Fall kamen die Ermittler am frühen Morgen, beschlagnahmten Hunderte von Akten. Die Betroffenen waren völlig überrascht, gaben sich aber seltsam zahm. Man wolle mit der Behörde zusammenarbeiten, hieß es *unisono*.

Die Berichte in der Presse sind illustriert mit Statistiken, die uns Staunen machen. Denn die fünf Großen im Lebensmittelmarkt haben daran einen Anteil von siebzig Prozent. Den Rest teilen sich ungezählte Kleine. Auffällig wurden sie noch nie.

Der Verdacht des Kartellamtes steht in seltsamen Widerspruch zu den Preisschlachten, die sich die großen Anbieter seit Jahren liefern. Erklärt werden sie dadurch, dass jeder seinen Marktanteil erweitern möchte. Jeder

möchte der Einzige am Markt, ein Monopolist sein. Dann kann er alleine herrschen, alle sind ihm dann untertan. Diese Preisschlachten haben zwar zur Folge, dass wir hierzulande die niedersten Einkaufspreise für Güter des täglichen Bedarfs in Europa haben (von England vielleicht abgesehen), aber die Verhältnisse wären für die Verbraucher noch viel günstiger, gäbe es die Mausechelen nicht, die die Wettbewerbsbehörde den Beschuldigten nun vorwirft.

Wettbewerb ist ein zentrales Instrument der Marktwirtschaft. Wettbewerb schärft das Bemühen des Anbieters um den Verbraucher. Kein anderer als Ludwig Erhard, der Schöpfer der Sozialen Marktwirtschaft, hat das deutlicher erkannt. Von ihm wurde die Wettbewerbsgesetzgebung in Gang gebracht und 1957 in das entsprechende Gesetz gefasst. Das natürlich nicht nur für Produzenten und Händlern von Konsumgütern, sondern für alle galt und gilt. Auch für Hersteller von Investitionsgütern oder deren Vorlieferanten, der Baustoffindustrie etwa. In diesem Sektor ist der Markt genau aufgeteilt, und Preisabsprachen sind gang und gäbe.

Es gibt nur wenige Anbieter in Europa für Steinzeugrohre, für Dachpfannen und Ziegelsteine, für Dämmmaterial, für Beton, für Bauelemente aus Gips, vor allem für Zement gibt es keinen breiten Markt. Als der Verfasser vor Jahren den Vorstandsvorsitzenden eines der bedeutenden europäischen Zementanbieters besuchte, dem einige Wochen zuvor ein Bußgeldbescheid über fünfzig Millionen DM ins Haus geflattert war, hörte er von diesem nur lakonisch: „Ein Schwein lief durch den Ort“.

Diese Lakonie ist begreiflich, wenn man bedenkt, dass von Bußgeldern nur ein schmaler Teil der vorher erreichten Gewinne betroffen ist. Der große Rest verbleibt ja beim Übeltäter. Und dann: Nicht der Schuft, der Vorstand oder der Geschäftsführer, wird bestraft, sondern seine Firma, die

Eigentümer seiner Firma, die Aktionäre. Also nicht der, der die Gesetzesverstöße zu verantworten hat. Klar, dass die Eigentümer den Chef nicht zur Verantwortung ziehen. Sie haben von seinem Tun ja per Saldo profitiert.

Das kann man eine schiefe Rechtsprechung nennen, die in Deutschland allenthalben in Gebrauch ist, wo nicht jene büßen, die den Staat zu führen sich angemaßt haben (die Funktionseleiten), sondern *die* für Defizite bezahlen, die den Führenden ihre Stimme gaben.

Im Jahre 2003 wurden vom Kartellamt, der weitaus wichtigsten Behörde in unserem Land, was keiner, auch keiner der Initiative *Neue Soziale Marktwirtschaft* zu Kenntnis nimmt, 717 Millionen Euro Strafe verhängt, der höchste Betrag seit der Gründung dieses Amtes. Das Strafvolumen ist seither abgeflacht. Das mag daran liegen, dass das Kartellamt eine Unterbehörde des Bundeswirtschaftsministeriums ist (was auch keiner weiß), in dem man auch mit Oligopolisten freundschaftlichen Umgang pflegen muss. Gesetzwidrige Preisabsprachen gibt es täglich, die Bosse verabreden sich zum Frühstück („Frühstückskartelle“) und treffen ihre Dispositionen, wenn sie es nicht per Telefon tun oder sich Mechanismen ausgedacht haben (wie jetzt beim Süßwarenkartell), dass es solcher Anrufe gar nicht mehr bedarf. (Im aktuellen Fall wurden *einmal* Preisuntergrenzen verabredet, die keiner unterschreiten durfte, ansonsten er von den Kartellbrüdern geächtet worden wäre).

Es gibt auch keinen Aufschrei, wenn sich, wie das täglich geschieht, ein Großer wieder einen Kleinen einverleibt – wegen vermeintlicher Synergieeffekte, wie es regelmäßig heißt. Wenn man den wahren Gründen dieser „Fusionitis“ nachgeht, stellt man fest, dass ein Gemisch von Angst und Überheblichkeit die wahre Triebfeder der vermeintlich Großen ist. Sie

wollen eine gute „Performance“ haben, um an der Börse wegen schlechter Ergebnisse nicht abgestraft zu werden; und um weiter am Tisch der Großen zu sitzen, was nur dann gelingt, wenn man weiter auf Größe setzt. Nur die wenigsten werden entdeckt, und das öffentliche Interesse daran ist seltsam lau. Von Konzernen lässt man sich Milliarden stehlen, bei entsprechenden Steuererhöhungen indes ist das Geschrei groß.

Und dann: die Großen haben vor den Kleinen Angst, die häufig innovativer sind und die den Großen ihren Platz streitig machen könnten. Zwar wird jedes Unterfangen dieser Art von der Kartellbehörde geprüft, inzwischen auch von Brüssel, deren Wettbewerbsbehörde bis vor kurzem eine streitbare Frau, Nelly Kroes, vorsaß. Aber wie will eine Behörde, deren Mitarbeiter aus weltfremden Beamten besteht, gegen erfahrene Lobbyjuristen bestehen, deren Chefs auch über den Lockstoff Geld verfügen? (Während ich das schreibe, ist im Internet zu lesen, dass ein Milliardär der F D P eine Spende von 1,1 Millionen Euro hat zukommen lassen, der F D P (!), die sich doch immer als Hort der marktwirtschaftlichen Idee verstand).

Eine Novellierung des „Kartellgesetzes“ ist derzeit im Gespräch. Als hehres Ziel hat man sich gesetzt, marktbeherrschende Konglomerate und Konzerne zu entflechten. Doch tritt sofort deren Lobby auf: Das sei ein Eingriff in das Eigentum, das im Grundgesetz verankert ist, zetert sie.

Im Grundgesetz steht aber auch geschrieben, dass Eigentum verpflichtet. Was heißt, den anderen nicht zu übervorteilen. Und dazu sieht sich verpflichtet die *Metzgerei K.*, der *Gemüsehändler Wochenmarkt*, die *Einzelhändlerin in Tee und Schleckereien*, die sauer sind über das Gebaren der Großen, weil sie, anders als die Großen, ihre Kunden so bedienen wie

sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Zu Recht sagen sie: Gib den Großen Saures!

17. Januar 2010

Der CO2-Hype

Vor ein paar Jahren bekam ich zu Weihnachten *Meyers Großen Weltatlas* geschenkt, ein Wissenschaftskompodium hohen Ranges. Auf zwei großformatigen Seiten breiten die Fachleute, reich bebildert, ihre Erkenntnisse zum globalen Klimawandel vor uns aus, und welche Rolle der Mensch mutmaßlich dabei spielt.

Zunächst wird darauf verwiesen, dass seit mindestens zwei Millionen Jahren das Erdklima relativ deutliche Zyklen durchläuft. „Eiszeitphasen von etwa einhunderttausend Jahren Dauer werden unterbrochen von meist rund zehntausend Jahren anhaltenden Warmphasen. Ursache für diese Zyklen sind subtile Schwankungen in der Umlaufphase der Erde um die Sonne und in der Neigung der Erdachse“. Diese Zyklen verändern die Verteilung der Sonneneinstrahlung auf die verschiedenen Regionen der Erde, wobei allerdings die gesamte von der Erde empfangene Strahlung konstant bleibt. Warum das so ist, ist weitgehend noch unerforscht. „Ein entscheidender Faktor ist offenbar die Stärke der Sommersonne über den Kontinenten der nördlichen Hemisphäre, denn wo der Schnee des abgelaufenen Winters im Sommer nicht restlos abtaut, bilden sich langsam große Eisschilde, die Sonnenlicht reflektieren und zu weiterer Abkühlung führen.“

Relativ neu ist die Erkenntnis, dass es innerhalb der großen Schwankungen immer wieder zu abrupten Klimasprüngen kommt. „Plötzliche Änderungen im Verlauf der Meeresströme spielten offenbar eine entscheidende Rolle bei diesen Klimasprüngen.“ Auch die gegenwärtige, eine relative Warmphase, war nicht frei von solchen Klimawechseln. „So wurde vor rund fünftausendfünfhundert Jahren die Sahara zur Wüste. Bis dahin war sie teilweise eine bewachsene, mit Sümpfen und Seen gespickte Landschaft, die vielen großen Tieren und zahlreichen Menschen einen Lebensraum bot. Ein

verhängnisvoller Kreislauf von Erdbahnänderungen, langsam trockener werdenden Klimas, absterbender Vegetation und dadurch noch mehr verringerten Niederschlägen führte dann wahrscheinlich zum Ende der Blütezeit.“

Halten wir fest: Bisher wird aufgezeigt, dass es mindestens *drei* Faktoren gibt, die die langfristigen und mittelfristigen Klimaschwankungen auf der Erde verursachten, nämlich die Schwankungen der Umlaufbahn der Erde um die Sonne; die Neigung der Erdachse; und Änderungen im Verlauf der Meeresströme des Atlantik.

Die Forscher weisen nun weiter darauf hin, dass die Temperatur der Erde durch ein einfaches Strahlungsgleichgewicht bestimmt wird: die von der Sonne empfangene Energie ist gleich der von der Erde ins All abgestrahlten Wärmestrahlung. „Die Atmosphäre behindert ... die Abstrahlung von Wärme von der Erdoberfläche, vor allem wegen ihres Gehalts an Treibhausgasen, Wasserdampf und Kohlendioxyd, die sie für Wärmestrahlung weniger durchlässig machen. Dadurch heizt sich die Oberfläche auf, bis bei der heutigen mittleren Temperatur von plus 15 Grad Celsius wieder Strahlungsgleichgewicht herrscht. Dies ist der natürliche Treibhauseffekt, dem wir die Bewohnbarkeit unseres Planeten verdanken.“

Ein *vierter* Faktor kommt also für die Klimaveränderungen ins Spiel, der Treibhauseffekt.

Nun ist klar, dass der Mensch seit gut eintausend Jahren – also nicht erst seit der Industrialisierung – als *fünfter* Faktor in das System eingriff. An die massiven Rodungen der Wälder ist zu erinnern, die es besonders in unseren Landstrichen seit dem 8. Jahrhundert n. Chr. gab. Mit den Rodungen wollte der Mensch Ackerland gewinnen, das er zu seiner

Nahrungsmittelversorgung brauchte. Seit der Industriellen Revolution setzt er auch fossile Brennstoffe (Kohle, Erdöl und Erdgas) zu verschiedensten Zwecken ein, zur Aufbereitung sonstiger Rohstoffe (vor allem: Stahl), um es im Sommer kälter (Klimaanlagen) und im Winter wärmer (Heizung) zu haben und um schneller zueinander zu kommen (Auto und andere Verkehrsmittel). Bei dieser Oxydation fossiler Brennstoffe entsteht das berühmte - berüchtigte CO₂ in großen Mengen, das etwa zur Hälfte in der Atmosphäre verbleibt und zur andern Hälfte von den Ozeanen und der Biosphäre aufgenommen wird. In der Schule haben wir gelernt, dass die Pflanzen im Rahmen der Fotosynthese CO₂ für ihr Wachstum brauchen. Die Menge des emittierten CO₂ ist nun, in absoluten Zahlen gemessen, gewaltig, wie wir nahezu täglich in den Zeitungen lesen. Die Forscher haben auch festgestellt - durch die Ermittlung des CO₂ Gehaltes in den Eisbohrkernen und neuerdings auch durch direkte Messungen in der Atmosphäre -, dass der Kohlendioxyd Gehalt der Atmosphäre in den letzten zwölfhundert Jahren stark angestiegen ist: von etwa 280 ppm (parts per million) auf rund 360 ppm. Und dieser Tatbestand (wollen wir diese Messergebnisse einmal als gesicherte Erkenntnis annehmen) wird denn für die globale Klimaerwärmung verantwortlich, wenn nicht hauptverantwortlich gemacht.

Ein Medienrummel wird um diese CO₂ Emissionen gemacht, angestoßen besonders durch den ehemaligen Vizepräsidenten der USA, Al Gore, der wegen seines Eintretens für den Klimaschutz zum Friedensnobelpreisträger gekürt wurde. In Vergessenheit geraten ist, dass dem vielfachen Millionär Interessenkollisionen vorgeworfen wurde, da er Partner eines Investmentfonds ist, der in Klimatechnologien investiert. Hat Al Gore als Teilhaber davon profitiert, dass sein Land die Klimaschutzauflagen verschärfte, dass seine Firma einen Staatsauftrag über 560 Millionen Dollar erhielt?

Dem widerspricht nicht, dass Al Gore's Land, die USA, das *Kyotoprotokoll* von 1997, das Klimaschutzabkommen, noch nicht unterzeichnete, wie die Vereinigten Staaten auch sehr zurückhaltend waren mit verbindlichen Erklärungen auf der Klimakonferenz von Kopenhagen im abgelaufenen Jahr. Die Klimaschutzindustrie hat sich offenbar noch nicht positioniert.

Zu vermerken ist, dass der Kampf gegen CO₂-Emissionen auch anderenorts so wenig unterstützt wird. Die Industrialisierungsinteressen anderer wichtiger CO₂-Emittenten, etwa in China, stehen dem entgegen. Man kann aber auch sagen, dass der Rummel, der um dieses Phänomen seit zwanzig Jahren veranstaltet wird, als Hype identifiziert wird, lanciert von Interessensträger zur Werbung für die von ihnen als richtig erkannte Idee, die keineswegs ausgereift ist. Denn es gibt, wie gesagt, noch zahlreiche andere Faktoren, die auf das Klima Einfluss nehmen – und die wir überhaupt nicht beeinflussen können.

Dass so wertvolle Rohstoffe wie Kohle, Erdgas oder Erdöl eingespart werden müssen – *Meyers Großer Weltatlas* spricht davon, dass „jedes Jahr ... etwa ebensoviel fossiler Brennstoff verbrannt (wird) wie sich in einer Million von Jahren gebildet hat“ – steht auf einem andern Blatt.

Nachdenklich in diesem Zusammenhang stimmen Anmerkungen eines Leserbriefschreibers in einer überregionalen deutschen Tageszeitung.

Herr Dr.-Ing. U. C. aus D. befragte einen Mitarbeiter von *Bund*, wie hoch denn der CO₂-Anteil in der Luft sei. Das wisse er nicht. „Wie hoch ist denn der Sauerstoffanteil in der Luft?“ Auch hier ein Schulterzucken. „21 Prozent“, belehrte ihn Dr. C.. Neue Frage: „Was ist denn sonst noch in der Luft?“ Wieder ein Schulterzucken. „Stickstoff mit etwa 78 Prozent.“ „Das glaube ich nicht“, so der Mitarbeiter von *Bund*, „dann bleibt ja für CO₂

nichts mehr übrig. Das glaube ich ihnen nicht“, so der Naturschutzvertreter, der dann entfleuchte, um weiteren Fragen zu entgehen.

Dr.-Ing. U. weist den Zeitungsleser darauf hin, dass es tatsächlich nur 0,038 Prozent CO₂ in der Luft gibt, wovon die Natur 96 Prozent, den Rest, also 4 Prozent, der Mensch produziert: „Das sind dann 4 Prozent von 0,038 Prozent, also 0,00152 Prozent. Der Anteil Deutschlands hieran ist 3,1 Prozent. Damit beeinflusst Deutschland 0,0004712 Prozent des CO₂ in der Luft. Damit wollen wir die Führungsrolle in der Welt übernehmen, das uns jährlich an Steuern und Belastungen etwa 50 Milliarden Euro kostet.“

Herr Dr. U. hat seine Informationen nicht aus der Luft gegriffen, man kann sie in jedem einschlägigen Nachschlagewerk nachlesen. Was der zitierte Naturschützer aber offenbar nie tat.

Ist es da nicht gerechtfertigt, den Rummel um die CO₂-Emissionen einen Hype zu nennen?

Einen Hype, wie er im vergangenen Jahr um die Schweingrippe gemacht wurde?

Cherchez la femme, heißt es in großen Spionagefällen. In allen anderen Fällen ist das Schlüsselwort Profit. Das beweist eine Meldung, die ich dieser Tage in *Bayern Zwei* hörte, als es um die vielen Millionen Ampullen Impfmittel ging, die nun auf Halde liegen. Der Redakteur interviewte einen Dr. med., Mitglied von *Transparency International*, das ist eine *NGO*, die sich weltweit um die Bekämpfung der Korruption kümmert. Und dieser Doktor wies darauf hin, dass der Schweinegrippe-Hype von Sir Anderson, Professor für Pharmazie an einer bedeutenden britischen Universität, ausgelöst wurde. Er hat einen gut dotierten Beratervertrag mit *Glaxo Smith*

Kline, einem der größten Pharmaunternehmen der Welt, der ein Hauptlieferant solcher Impfstoffe ist. Wir alle erinnern uns noch daran, dass anfangs von einer Schweinegrippe-Pandemie gesprochen wurde, am Ende traf uns nicht viel mehr als die übliche Herbst-Influenza. Aus einem Ferkel wurde eine Muttersau gemacht.

Der Professor und die Pharmazie: ein Schuft, der Böses dabei denkt.

21. Januar 2010

Einspeisvergütungen

Gibt es Manna für die Solarbranche – immerfort?

Der neue Umweltminister, Dr. Norbert Röttgen von der CDU, nahm sich dieser Tage die Solarbranche vor. Seine Motive mögen ihren Ursprung in der Überzeugung haben, dass der überbordende Staatshaushalt, mit veranschlagten 80 Milliarden Euro Defizit in diesem Jahr, auch von seiner Seite aus beschnitten werden müsse.

Denn der Bundshaushalt wird derzeit jährlich mit zehn Milliarden Euro durch Einspeisevergütungen belastet, die der Solarindustrie zu Gute kommen. Vierzig Cent pro Kilowattstunde erhält der Anbieter, der Strom aus Solarenergie gewinnt und in das Netz einspeist, also das Zwei- bis Dreifache dessen, was die Stromverbraucher an ihre Versorger zahlen.

Das geht schon seit Jahren so. Und deswegen hat sich ein Industriezweig entwickeln können, der sich enormer Wachstumsraten erfreute, wie die vielen Forschungs- und Entwicklungs-, die Beratungs- und Handelsinstitute an seiner Seite. Alle räkeln sich in der Sonne der staatlichen Subventionen. Manche der Industrieunternehmen sind an die Börse gegangen, ihre Aktienkurse entwickelten sich extraordinär, selbst in der Baisse, selbst in der Finanzkrise seit zwei Jahren. Doch nun stürzen die Kurse ab, jedenfalls manche von ihnen. Denn es ist ausgemacht, dass die Einspeisvergütung ab April diesen Jahres um einige Cent zurückgenommen wird.

In den Neuen Bundesländern hat sich die Branche Solar besonders breit gemacht. Das hängt damit zusammen, dass dieser Landstrich platt und eben ist, wo man also Solarfelder in Hektargröße aufbauen konnte, um möglichst

viele Cents in die Kassen einzuspeisen. Zu den Produzenten der Solarzellen gesellten sich andere, die nichts weiter taten, als Solarzellen, die man, nach inzwischen internationalem *Know how*, auch in China produzieren lassen kann, mit Ausrüstung zu versehen, die jeder Heizungsinstallateur zu Stande bringt. Trittbrettfahrer hatten sich den Innovatoren zugesellt, und die gesamte Branche profitierte vom Fluss der Subventionen.

Lange dauerte es, bis jenen in Berlin, die der Solarwirtschaft den Säckel füllten, all das bewusst wurde.

Inzwischen hat man im Osten Angst vor dem Dunkel, wenn die Förderung nachlässt. Denn es ist klar, dass es ein Übermaß an Förderung gab. Und es ist auch klar, dass man mit den Subventionen indirekt auch die chinesische Solarindustrie förderte.

Die Wirtschaftsminister der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fanden sich dieser Tage zusammen, bildeten eine länderübergreifende Koalition und forderten im Einklang mit den Gewerkschaften, dass mit der Reduzierung der Einspeisvergütung „sorgsam“ umgegangen werden solle. Sorgsam, weil es um Arbeitsplätze gehe in einer Industrie, in der Deutschland an der Spitze der Welt stehe (-oder stand?). Einen Rückbau der Kapazitäten dürfe es nicht geben. Mit Arbeitsplätzen zu argumentieren, wissen die Minister, ist stets ein Totschlagargument.

Was lernen wir daraus?

Die Regierung gibt *wenigen viel*, um *vielen so wenig zu nehmen*, auf dass sie es nicht spüren. *Das* ist das Geschäftsmodell unserer Volkstribunen. Punktuell gehen sie vor, von Fall zu Fall. Sie vertrauen auf die

Vergesslichkeit der Geschöpften, und die Begünstigten nehmen die Wohltaten bald als Selbstverständlichkeit hin.

Aus staatlichen Subventionen, auch dieser Art, der Einspeisvergütung, gälte es die Erfahrungen zu lernen, die man mit den Wohnungsbausubventionen nach der „Wende“ machte. Seinerzeit wurden den Anlegern zunächst fünfzig, später fünfundzwanzig Prozent Abschreibungen auf ihre Investitionen zugestanden. Damit konnten sie von ihrem verfügbaren Einkommen ein Halb, dann ein Viertel der Summe abziehen, die sie für ihre Wohnung im Osten bezahlten. - Herrlich! - Auch damals fanden sich Heerscharen von Trittbrettfahrern ein, z. B. solche, die Wohnungen zu völlig überhöhten Preisen anboten, damit der Investor eine möglichst hohe Basis für die Reduktion seiner Einkünfte hatte. - Gut gemeinte Politik fand ihre Perversion. So entstand der Immobilienboom im Osten, dem Hunderte Unternehmer, Tausende Käufer der Immobilien zum Opfer fielen, die sie, des Überangebotes wegen, bald nicht mehr vermieten konnten. Man kann diese modernen Investitionsruinen sehen, wenn man nachts auf Autobahnen im Osten fährt. In den Wohnungen brennt kein Licht, weil keiner in ihnen lebt. Auch den Passanten schaudert vor diesem Dunkel im Osten.

Ist ein solches Dunkel nun auch für die Solarbranche zu fürchten? Manch unabhängiger Beobachter der Szene kommt zu dem Schluss, dass ohne Dauersubventionen die Branche nicht überlebensfähig sei.

Subventionen hebeln den Marktmechanismus aus, der Preis ist nicht mehr Regulator für Angebot und Nachfrage. Kapital wird in Bereiche gelenkt, in der Verschwendung das Regime führt.

Wir sollten uns bewusst sein, dass jede Subvention Raub ist, Raub am Einkommen und Vermögen jener, die nicht begünstigt sind. Wenn schon

Subventionen, dann bitte nur solche, die zeitlich streng limitiert sind, auf maximal zehn Jahre. Eine solche Vorgabe sollte gar in das Grundgesetz aufgenommen werden. Das ist meine Meinung.

26. Januar 2010

P. S. Die Preise für die Installation von Solaranlagen auf den Dächern (oder sonst wo) sinken. Trotz der um 15 Prozent reduzierten Einspeisvergütung mag sich eine solche Investition immer noch rechnen. Denn was für den Einzelnen gut ist, muss nicht auch für die Volkswirtschaft gut sein. Jeder ist seines Glückes Schmied.

His Master's Voice

Die Titelgeschichte von Focus 4/2010 ist Ben Bernanke gewidmet. Man sieht sein Gesicht, halb verdeckt, seinen gepflegten grauen Seemannsbart, und mit einem seiner braunen Augen blickt er den Betrachter an. Das Nachrichtenmagazin gönnt dem Portraitierten nur die halbe Frontseite, denn die zweite Hälfte wird beansprucht durch den Titel, den man Ben Bernanke verliehen hat: Mister Inflation. Er ist der Chef der größten Notenbank der Welt, der Fed, wie ihr Kürzel heißt. Vor wenigen Jahren hatte er Alan Greenspan abgelöst, der diesen Posten jahrzehntelang bekleidete; Bernankes Wiederwahl steht an, Barack Obama möchte ihn im Amt behalten. Das stößt nicht überall auf Zustimmung, denn ihm, Bernanke, wird wie seinem Lehrmeister Greenspan vorgeworfen, die Welt mit Geld überschwemmt zu haben, was eine neue Inflation heraufbeschwört. Manche Ökonomen gehen sogar soweit, Bernanke für die Finanz- und Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre verantwortlich zu machen. Seine Kritiker werden erinnert an das Emblem der Schallplattenfirma mit Namen His Master's Voice. Ein Hund ist abgebildet, der ehrfürchtig vor dem Trichter eines alten Grammophons sitzt und den Tönen lauscht, die daraus rauschen. Die Herrchen von Alan Greenspan und Ben Bernanke hießen Bill Clinton, Bush Senior und Bush Junior, und inzwischen lauscht „das aufmerksame Hündchen..“ Ben der Stimme Baracks, der seine Wahl auch deswegen gewann, weil er über besondere Beredsamkeit verfügt. Alan und Ben erfüllten alle Wünsche ihrer Herren, sorgten für niedere Zinsen, damit die Herrchen all ihre Gelüste billig finanzieren konnten. Und apportierten Geld in rauen Mengen. Inzwischen ist soviel Geld da, dass man um den Geldwert fürchten muss. Das hat den Focus auch dazu bestimmt, Ben Bernanke „Mister Inflation“ zu nennen.

Der so Betitelte entstammt kleinbürgerlichen Verhältnissen, hatte auf der

High School stets gute Noten, wurde dann Professor an einer renommierten amerikanischen Universität und schaffte es schließlich in den Board der Federal Reserve Bank von New York, wo er Alan Greenspan gegenüber saß. Im Interview erzählt uns der Notenbankpräsident von Gesprächen mit seiner Großmutter, als er noch ein kleiner Junge war. Die Welt wurde damals von der Großen Depression erschüttert, seine Familie musste darunter leiden, aber auch der kleine Ben selbst, dem man ordentliches Schuhzeug nicht kaufen konnte, obwohl es in dem kleinen Ort, in dem er aufwuchs, mehrere Schuhfabriken gab. Sie waren in der großen Krise zusammengebrochen, Arbeitslosigkeit war dort die Folge wie überall auf der Welt. Der kleine Ben musste zeitweilig barfuss gehen. Das war ein dramatisches Erlebnis für Ben Bernanke, und es bestimmte den Tenor seiner Schriften wie auch seine Politik an der Spitze der größten Notenbank der Welt. Nichts fürchtet er offenbar so sehr wie eine neuerliche Große Depression. Damit findet er sich im Einklang mit den meisten amerikanischen Politikern, die ein ähnliches Trauma haben.

Die Befürchtungen hierzulande sind differenzierter. Zwar gab es zu jener Zeit auch in Europa Massenarbeitslosigkeit unvorstellbaren Ausmaßes; der Aufstieg des Nationalsozialismus wurde dadurch mit begründet. Aber es gab in Zentraleuropa auch zwei Hyper-Inflationen. 1923 reichte ein Schubkarren Geld nicht aus, um einen Laib Brot zu kaufen. Und 1948, nach dem verlorenen Krieg, gab es ebenfalls einen Währungsschnitt, wodurch die Sparer ihr Vermögen verloren. Diese Erinnerungen leben, jedenfalls bei den Älteren unter uns, noch fort. Inflation ist ebenso des Teufels wie Depression.

Wie in allen wissenschaftlichen Disziplinen gibt es auch in der Ökonomie „Schulen“. Zu den größten Kritikern von Ben Bernanke (und Alan Greenspan) gehört denn auch Anna Schwartz, heute 94 Jahre alt, die an der

Seite des großen Liberalen Milton Friedman, Mitte der 1950-er Jahre eine großangelegte Studie über die Wirkungsweise der amerikanischen Notenbankpolitik vorlegte. Darin kamen die Verfasser zu dem Schluss, dass die Geldpolitik nicht stabilisierend gewirkt hatte, sondern kontraproduktiv: sie habe de facto den Abschwung (auch den der 30-er Jahre) beschleunigt, wie auch manch inflationäre Tendenzen unterstützt. Für dieses Dilemma machten sie Wirkungsverzögerungen verantwortlich, die es in allen Politikbereichen, also auch in der Notenbankpolitik gibt. Einmal dauere es eine zeitlang, bis das Problem erkannt wird, dann vergehen Monate, bis ein angemessen erscheinender Ratschluss getroffen wird, und dann dauere es eben nochmals, bis die erhofften Wirkungen eintreten. Zu spät, in der Regel, wie die beiden Wissenschaftler zeigten. Einig war sich die alte Dame mit ihrem Freund, der auch auf Grund der genannten Untersuchung als einer der Ersten den Nobelpreis für Nationalökonomie erhielt, dass eine zu üppige Geldversorgung, die über eine als normal anerkannte Wachstumsrate der Wirtschaft hinaus ginge (4 Prozent meinten sie), unweigerlich Inflation zur Folge habe.

Wenn wir nun auf die Fakten blicken, die Focus vor uns ausbreitet, dann gibt es keinen Zweifel, dass gegenwärtig die erwünschte Harmonie zwischen Geldmengen- und Wirtschaftswachstum längst gestört ist. Das Geldangebot, jedenfalls in den Vereinigten Staaten, verzeichnet schon seit längerer Zeit Wachstumsraten jenseits von 10 Prozent. Ein Tritt auf die Bremse ist überfällig. Aber man tut ihn nicht, wohl in Furcht vor einer neuerlichen Depression. Dabei ist Liquidität weltweit genug vorhanden, um uns aus der Weltwirtschaftskrise herauszuführen, die 2007 begann. Die Verantwortlichen, die die Erkenntnisse von Friedman und Schwartz in den Wind schlagen, sagen sich wohl: es ist besser mit der Mehrheit zu irren, als als Einzelner recht zu haben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) schaut diesem Treiben untätig zu. Dass wir derzeit (noch) geringe Preissteigerungen haben, wird als Beweis dafür herangezogen, dass es noch keinen Handlungsbedarf gibt. Würde man, so ein weiteres Argument, im europäischen Währungsraum die Notenbankzinsen anheben, könnte das wegen der internationalen Zinsspekulation, den Eurokurs hinauf treiben und das wäre schädlich für unseren Export. Das ist zwar kein stichhaltiges Argument, denn die Exportwirtschaft, in Deutschland jedenfalls, hat jahrzehntelang gut leben können mit einem durchschnittlich höheren Zinssatz wie derzeit, und auch die Aufwertung der D-Mark bzw. des Euro hat per Saldo der Exportwirtschaft nicht geschadet. Man hört eben auf His Master's Voice, obwohl der Schalltrichter jenseits des Atlantiks steht.

Dann gilt es noch auf eine institutionelle Eigenart hinzuweisen. Zwar ist die Deutsche Bundesbank und auch nicht die EZB wirklich unabhängig von der Politik. Sie, die Politik, bestimmt ja die Direktoren bzw. Gouverneure! Aber die Situation in den Vereinigten Staaten ist noch viel prekärer. Das Federal Reserve System wird aus zwölf regionalen Notenbanken gebildet (jene von New York ist die bei weitem größte), an denen die regionalen Privatbanken Aktien zeichnen müssen. Sie erhalten dafür eine Garantiedividende von attraktiven sechs Prozent und bestimmen die Mehrzahl der Direktoren im Gesamtsystem. Das aber heißt praktisch, dass die private Bankenwirtschaft in den USA über sich selbst Aufsicht führt! Der US-Präsident hat zwar das Recht, den Präsident und Vizepräsident des Systems zu bestimmen, aber er tut das natürlich nur dann, wenn er sich der Zustimmung der privaten Finanzindustrie sicher sein kann. Das ist ein Konsens-Modell besonderer Art. Aber von einer wirklichen Unabhängigkeit der einen Instanz von der anderen, kann nicht gesprochen werden. Vor allem gibt es nicht die Souveränität der Behörde, die sich so gerne „Hüterin der Währung“ nennen lässt. Jedenfalls in den Vereinigten Staaten ist die Notenbank auf die

Stimmen ihrer Aktionäre, der privaten Bankwirtschaft, und auf die Stimme des Präsidenten angewiesen, den bekanntlich noch manch anderes noch umtreibt, als Inflation zu verhüten.

29. Januar 2010

Der Defizit-Billionär

Mister Inflation, Ben Bernanke, der US-Notenbankpräsident, der im letzten Kommentar das Thema war – ihm wird in der Presse in diesen Tagen sein Chef zur Seite gestellt. Barack Obama bringt einen Haushaltsentwurf ein mit einem Defizit von Einkommensechs Billionen, das sind mehr als zehn Prozent der Wirtschaftsleistung. Damit steigen die Staatsschulden der USA auf über fünfzehn Billionen.

Wohl gemerkt, wir sprechen nicht von der italienischen Lira, für die bis zum Eintritt Italiens in die Währungsunion ein Umtauschverhältnis gegenüber der D-Mark von 1 zu 1000 galt oder über die türkische Lira oder über eine exotische Währung, den venezolanischen Bolivar, sondern vom US-\$, nach wie vor Leitwährung der Welt.

Tausend kann jeder begreifen, eine Million viele von uns schon nicht mehr. Mit einer Milliarde, das heißt tausend Millionen, können nur Politiker umgehen, aber mit einer Billion, einer Zahl mit zwölf Nullen -

15. 000.000.000.000,

nur der US-Präsident. Vielleicht er aber schon nicht mehr, denn er ist ja „nur“ Jurist und kein Mathematiker. Die würden die amerikanischen Staatsschulden zierlich schreiben. Zehn hoch ... wieviel? Ich weiß es nicht.

Denn ich bin nur ein bescheidener Bürger, der diese Dimensionen nicht begreift und meint, dass irgendein Sinn hinter diesen gewaltigen Zahlen stecken müsse. Gut, so habe ich begriffen, die USA sind unsere Schutzmacht, die spätestens seit Nine/Eleven für uns gegen den Terrorismus kämpft. Im Irak beispielsweise und seit Jahren auch in Afghanistan.

Hat unsere Schutzmacht, so fragt der Bürger, Erfolge vorzuweisen? Das könne man unterschiedlich sehen, hält man ihm entgegen. Doch stellt er fest, dass nahezu jeden Tag über den Fernsehfilm flimmert, dass es im Irak wieder einen Selbstmordanschlag gegeben hat mit meistens mehreren Dutzend Toten. Und aus Afghanistan erreichen uns ähnliche Bilder.

Der Verteidigungshaushalt der USA ist unter Barack Obama, dem Defizit-Billionär, auf über siebenhundert Milliarden Dollar angeschwollen. Das ist das Doppelte dessen, was Angela Merkel jährlich unter Kontrolle hat (- wenn sie es hat -) für *alle* Ausgaben unseres Staates. Unser Kriegsminister seufzt, hätte er nur ähnlich viel wie sein Kollege in den USA.

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren Weltmacht seit dem Ersten Weltkrieg. Bald sind sie es nimmermehr. Mit Gewaltakten, jedes Jahr, suchen sie ihre Position zu verteidigen. Einfallslös, wie zu konstatieren ist. Denn andernfalls hätten sie irgendeinen ihrer Kriege gewonnen. Den Zweiten Weltkrieg gewann die russische Armee, und den Vietnamkrieg gewannen die Yankees auch nicht. Den Vietnamkrieg, wo ihr Schuldenmachen so richtig los ging. Die Politik der USA ist seither mit Defiziten behaftet wie jetzt die des Defizit-Billionärs.

Die USA werden den Kampf nicht bestehen gegen die Mächte, die jetzt am Horizont heraufziehen. Nicht gegen China, Indien und auch gegen Brasilien nicht, dessen Bevölkerung halb so groß ist wie die von Amerika. Einkommendreißig Milliarden Chinesen, einkommendreißig Milliarden Inder haben Gehirnzellen je eben so viele wie wir. Und dieses Potential wird sich, auch durch das Medium Internet gestützt, zu einer Macht verbreiten, dem die USA nichts entgegenzusetzen hat. Deswegen ist die Politik der USA einfältig, einfältig, weil sie vorzüglich auf ihre jetzige Größe setzt, auf ihre Übermacht, die sie noch besitzt.

Das Römische Weltreich wie das Britische sind zugrunde gegangen, weil ihre Größe ihre Kräfte lähmte. (David und Goliath kommen in Erinnerung). Wegen zuviel Kraft konnten diese Weltreiche nicht überleben. Sie zerfledderten zunächst am Rande, und dann wurden sie im Inneren ausgehöhlt.

An Blasphemie grenzt es, wenn man den Mächtigen der USA vorschläge, sich auf eine Nischen-Politik zu beschränken. Das wollten die römischen Senatoren nicht hören und auch nicht die britischen Lords. Und so begann ihr Untergang.

All das ist keine neue Erkenntnis. Oswald Spengler hat ein solches Szenario vor knapp einhundert Jahren entworfen (*Der Untergang des Abendlands*), und viele Autoren, vornehmlich angelsächsische, folgen, modifiziert, seinen Schlüssen.

Warum sich also nicht, wie die Schweiz das tat, in Nischen einrichten? Pazifistisch sein, die Kriegsausgaben herunterfahren, um die gesparten Mittel zur Entwicklung der eigenen Nation einzusetzen? Zum Beispiel für eine Krankheitsfürsorge für alle? Barack Obama, der Schuldenfürst, hat das bekanntlich zu seinem Programm erhoben. Aber er ist gefesselt durch das Überlegenheitsbestreben seines Landes und die Kriegslüsterheit seiner Administratoren.

Kleine Staaten sind zumeist erfolgreicher als große. Die jüngste Geschichte im Westen erweist das. Im „Ranking“ der Vermögenden liegen kleine Staaten weit vorn: Neuseeland zum Beispiel, die Schweiz, Norwegen; von Liechtenstein und Luxemburg ganz abgesehen. Ungarn, Lettland und so weiter, hätten es auch in die vorderen Ränge geschafft, wären sie nicht der Sehnsucht verfallen, es ebenso zu machen wie die Großen, in der großen EU

ihr Heil zu suchen. Sie haben Staatsdefizite angehäuft wie der Defizit-Billionär und müssen darunter leiden. Vor allem, weil sie nicht mit Schuldscheinen bezahlen können wie der Große Bruder jenseits des Atlantiks.

Klein im Gepränge, groß in Gedanken sollte das Motto sein. Und große Gedanken hat das Land des Defizit-Billionär.

P. S.: Der bekannteste Ostasienforscher der beginnenden Neuzeit war Marco Polo. Er war zweimal in China und hinterließ hierüber einen schriftlichen Bericht. In der Gefangenschaft hat er ihn einem Sekretär diktieren lassen. Marco wurde zu seiner Zeit als „Millionär“ betitelt, nicht nur wegen des Vermögens, das er auf seinen Chinareisen (angeblich) angehäuft hatte, sondern weil er seine Erzählungen mit so vielen Superlativen versah wie ein Texaner, der im Ausland stets behauptet, in seiner Heimat ein Millionär zu sein. – Nun, Barack Obama ist im Mittelwesten der USA aufgewachsen, aber er hat kraft seines Amtes erkennbar die Attitüde eines Texaners. Defizit Billionär suggeriert, dass Amerika seine Schulden begleichen könne.

4. Februar 2010

PIGS, (engl., die Schweine)

BRIC ist ein Börsenkürzel, das zusammenfassend für die Staaten verwendet wird, die längst die Schwelle überschritten haben: Brasilien, Russland, Indien und China.

Wenn man die Anfangsbuchstaben von Portugal, Italien, Griechenland und Spanien nebeneinander schreibt, liest man PIGS. Die Wortschöpfer des Kapitalmarktes hätten eine andere Reihung der Buchstaben wählen können. Aber, sarkastisch wie sie sind, wollten sie einen Hinweis geben auf die Länder, die derzeit in einer schweinischen Lage sind.

In den genannten Staaten, mit neu erfundener Abkürzung, ist der Staatshaushalt aus den Fugen geraten, schlimmer noch als in ihren Nachbarländern. In Griechenland droht gar der Bankrott. Zu lange hat man dort über seine Verhältnisse gelebt, sich zu viele Staatsbedienstete gehalten, sie zu früh in Pension entlassen, in der sie nun „Schattenwirtschaft“ betreiben. Korruption, Vetternwirtschaft und Bürokratie taten ein Übriges, um das Land mit der Flagge des himmlischen Weiß und Blau an den Rand des Ruins zu treiben. Und Spanien, Italien, Portugal und auch Irland geht es ebenso. Alle sind sie Mitglied der Eurozone. Und weil das so ist, muss auch der Euro leiden. Die bösen Spekulanten, „Heuschrecken“ werden sie auch genannt, ziehen ihre Gelder ab. Geld ist eben scheu wie ein Reh.

Gegenüber dem US-Dollar hat der Euro erheblich an Wert verloren. Was befremdlich ist angesichts des Verhaltens von Barack Obama, dem „Defizit-Billionär“. Er mutet der Welt ein Volumen an Schulden an, das kaum mehr begreiflich ist.

Doch die PIGS können derzeit an den Märkten kaum noch Geld bekommen und wenn, dann zu schweinish hohen Zinsen.

Europäische Union (EU) und Europäische Zentralbank (EZB) sprechen nach außen hin eine deutliche Sprache. Das Wort „Augiasstall“ fällt, der auszumisten sei. Doch hinter den Kulissen arbeiten beide Instanzen klammheimlich an einer Lösung, wie denn den armen Schweinen geholfen werden könne - ohne dass es jemand merkt. Man neigt dazu, den Schwur zu brechen, den man sich bei der Gründung gab: Jeder sei seines Glückes Schmied und jeder möge für seine Sünden büßen, die er begangen hat.

Die Europäische Währungsunion (EWU) ist falsch konzipiert. Ihr Funktionieren setzte voraus, dass die Mitgliedsstaaten eine einheitliche Wirtschafts-, vor allem Finanzpolitik betreiben; und dass legale Standards einzuhalten sind, die auf Aufrichtigkeit beruhen. Griechenland hat, wie wir wissen, seine Haushaltszahlen „getürkt“. Aber das Wort ist inzwischen überholt. Durch „gegriecht“ ist es zu ersetzen, was das Verhalten eines Landes ausdrückt, das mit Lug seinen Beitritt zu einer Gemeinschaft erschleicht.

So kann es sein, dass das EWU-Konstrukt zerbricht. Mit ähnlichen Folgen für die Weltwirtschaft wie die Finanzkrise, die wir gänzlich noch nicht überwunden haben.

Skeptische Wissenschaftler um den Liberalen Joachim Starbatty und den konservativen Politiker Peter Gauweiler (CSU) machten vor Jahren auf den Geburtsfehler aufmerksam. Sie klagten gar gegen die Etablierung der Institution. Doch ohne Erfolg.

Die Europäische Union ist eben kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund (mit einer Scheinlegitimierung, nebenbei gesagt, woran auch die Lissabon-Verträge nichts ändern können). Ihre Mitglieder haben zwar vieles vereinheitlicht. Bis zum Absurden hin, wie Hans Magnus Enzensberger dieser Tage einwarf. „Wehrt euch gegen die Bananenbürokratie!“, forderte er in seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung von Dänemarks höchstem Literaturpreis.¹ (Dänemark übrigens, ist *nicht* Mitglied der EWU). Nicht vereinheitlicht haben sie aber die für - ihren Zusammenhalt - so eminent wichtige Einnahmen- und Ausgabegebarung. Jeder kocht sein eigenes Süppchen, um zu demonstrieren, dass er einen Rest von Autonomie von Brüssel (oder Frankfurt, dem Sitz der EZB) behalten hat.

Jede Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Derzeit befürchten wir die Folgen, die das Gebaren der „Glieder“, der PIGS für uns haben kann.

P. S. Europa wird sich entscheiden müssen: Will man den unausgereiften, labilen Zwitter mit monströser Bürokratie, den keiner liebt, beibehalten? Oder will man den Bundesstaat Europa? Freilich, um den zu schaffen, bedürfte es Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, die über den Tag hinaus dachten. Längst verstorben sind sie. Und haben keine Nachfolger.

6. Februar 2010

¹ Wieder abgedruckt in FAZ vom 3. Februar 2010, S. 22

Besprechungen

Arnulf Pesselhoy – Dem Kapitalismus eine Chance

Dem Kapitalismus eine Chance, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York, 1996, 263 S.

Der Verfasser, der aufgrund seiner praktischen Tätigkeit über profunde Kenntnisse des Bankwesens verfügt, nimmt sich ein äußerst komplexes Thema, die Geld- und Währungstheorie vor, das aufgrund der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise höchste Aktualität genießt. Das wird nicht nur deutlich durch das Zusammentreffen der führenden Wirtschaftsnationen der Welt in diesen Tagen, sondern auch durch den Plan der chinesischen Zentralbank, der zeitgleich veröffentlicht wurde. Danach soll das Weltwährungssystem schrittweise von seiner kreditgebundenen Basis, sprich: der ungezügelter Emission von Schuldverschreibungen, speziell der US-Regierung, gelöst werden. Als Fundament soll künftig der Wert eines fiktiven Rohstoffkorbes herangezogen werden. (Das geschieht in Anlehnung an einen Plan von John Maynard Keynes aus dem Jahre 1944). Doch hat es den Anschein, als würde das grundsätzlich zu begrüßende chinesische Modell schon in Ansätzen konterkariert durch das Bemühen der Mehrheit der im *Internationalen Währungsfond* zusammengeschlossenen Staaten, dieser Institution ein Mehr an Sonderziehungsrechten zuzugestehen, um die vorgeblich zu geringe - in Wahrheit aber nur ungleich verteilte – internationale Liquidität auszuweiten. Das heißt, dass weiterhin Liquidität aus dem Nichts geschöpft werden soll, unabhängig von einer Deckungsreserve, deren Herstellung deutlich mehr als das Drucken von Schuldpapieren kostet. Die Idee, Goldbestände als Bezugsmaßstab für das nationale und internationale Geldangebot heranzuziehen, wurde längst aufgegeben. Gold gilt den Zentralbanken nunmehr als Vermögens- und Handelsgut, sein Anteil an den Reserven der Zentralbanken sinkt, besonders bei jenen der westlichen Hemisphäre.

Diese Entwicklung mag bei dem Verfasser das Unbehagen ausgelöst haben, das ihn veranlasste, ein währungspolitisches Konzept aufzugreifen, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, den nationalökonomischen Klassiker David Ricardo (1772-1823) als Ideengeber hat und in der *Peel'schen Bankakte* von 1844 Niederschlag fand. (Robert Peel war 1834-35 und 1841-1846 Premierminister des Vereinigten Königreiches). Danach wurde das Recht der Notenausgabe auf die *Bank of England* konzentriert und diese in dem Sinne limitiert, dass der größte Teil der umlaufenden Geldmenge durch Goldreserven zu decken waren. Das zweistufige Bankensystem war entstanden, das in anderen Teilen Europas und auch in den USA übernommen wurde, in denen das *Wild Cat Banking* bis zur Gründung des *Federal Reserve Systems* (1913) gang und gäbe war und das das Notenausgabeprivileg privater Banken kassierte. Aufgabe der Zentralbanken war und ist es seither, das Bankwesen zu überwachen und das gesamte Geldangebot in der Volkswirtschaft zu steuern. Dass ihnen das nur unzureichend gelang und gelingt, mit den behaupteten Folgen von Inflation und Arbeitslosigkeit, ist nun für den Verfasser Ansatz zur Kritik und Grund zur Präsentation seines Vorschlags.

In unzulässiger Überspitzung stellt er fest, dass „der Kapitalismus nie eine Chance gehabt (hätte)“, weil es ihm an einer angemessenen Geldordnung gefehlt habe. Dieser These muss entschieden widersprochen werden. Auch zum Zeitpunkt des Entstehens seines Buches (1996) musste ihm klar gewesen sein, dass eben dieses Wirtschaftsordnungsmodell in den Tigerstaaten Süd-/Südostasiens phänomenale Erfolge erzielt hatte, auch schon in Rot-China, das sich seit dem *Big Bang* von Deng Xiaoping (1982) kapitalistischen Prinzipien öffnete, wie das auch die mittel-/osteuropäischen Staaten taten seit dem Zusammenbruch der UdSSR. Eine stabile Geld- und Währungsordnung ist eine zweifelsfrei *notwendige*, aber keine *hinreichende*

Bedingung für Kapitalismus. Da der Verfasser Schüler von Walter Eucken ist, wäre es wünschenswert gewesen, hätte er in den einleitenden Abschnitten seines Buches die anderen konstituierenden Faktoren vorgestellt, die sein Lehrer für das Funktionieren einer kapitalistischen Ordnung für unverzichtbar hält. Der Kapitalismus hatte seine Chance, er hat sie genutzt.

Der Autor entwirft ein Modell der Geldversorgung, das sich ausschließlich am *Gesamtkonsum* der Volkswirtschaft orientiert, nicht also am *Gesamteinkommen*. Nun ist bekanntlich der Konsum nur *ein* Bestandteil der Gesamtnachfrage/des Gesamteinkommens, des Bruttosozialproduktes. Investitionen, Staatsausgaben und der Außenbeitrag (der Saldo aus Ein- und Ausfuhr) treten hinzu. Der Verfasser verrät nicht, was mit der dann „überschüssigen“ Geldmenge geschehen, wie sie eingedampft werden soll, folgt man seiner neuen Geldordnung. Geld dürfe nur durch die Zentralbanken zur Verfügung gestellt werden - ein weiterer Baustein seines Gebäudes. Das aber hieße, dass das private Finanzsystem eines seiner wesentlichen Funktionen beraubt würde, nämlich Kredite zu vergeben und damit zur Geldschöpfung beizutragen. Der private Banksektor dürfe nur *das* Kapital weiterleiten, das ihm in Form von Ersparnissen zur Verfügung gestellt wird. Nun ist bekannt, dass es stets Friktionen gibt bei dem Transfer von Ersparnissen zu den für Investitionen notwendigen Finanzierungen. Der Bankenapparat findet eine seiner Rechtfertigungen darin, auf diese Unterbrechungen flexibel zu reagieren; darauf auch, dass die Kassenhaltungsneigung der Nicht-Banken im Konjunkturverlauf erheblich schwankt und je nach Entwicklungstendenz der Volkswirtschaften auch längerfristig erheblich fällt oder steigt – worauf mit einem Mehr oder Minder an Geldversorgung zu reagieren ist. Da wir in offenen Volkswirtschaften leben, gehen auch von Leistungs- und Zahlungsbilanzsalden Impulse auf die Geldversorgung aus, die zu

kompensieren wären. Da es in Pesselhoys neuer Geldordnung keine von Privatbanken induzierte Geld- und Kreditschöpfung geben darf, entfällt auch die Zinsnahme hierauf. Dieser stets positive Zinssaldo ist wesentlicher Ertragsbestandteil der privaten Bankwirtschaft. Fällt er weg, hätten die Banken entsprechend zu reagieren – und sie täten dies zweifellos durch Freisetzung eines wesentlichen Teils ihrer Mitarbeiter. Massenarbeitslosigkeit in diesem immens wichtigen Sektor der Wirtschaft wäre eine Folge, die der Verfasser glaubt, durch seinen Entwurf überwinden zu können.

All das sind Fragen von erheblicher praktischer Bedeutung, die einer Utopie grundsätzlich nicht im Wege stehen sollen. Hätten wir keine Utopien, wären wir nicht auf dem Mond.

Es gibt gestalterische Einwendungen gegen sein Modell. In einer Zeit, in der die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre überhand genommen hat, wäre es für das Verständnis der Gedankengänge von Pesselhoy hilfreich, würde er sich da und dort dieses Hilfsmittels bedienen, auch mit Tabellen, Graphiken und Statistiken arbeiten. Denn es ist außerordentlich mühsam, seiner teilweise numerisch geknüpften Gedankenkette zu folgen, die sich nur der Worte bedient.

Dem Verfasser darf man Originalität nicht absprechen, auch wenn er sich um die empirische Anwendung seiner Theorie nicht recht kümmert. Vor allem: Das Buch pass in die global entbrannte Diskussion einer neuen Geldordnung, die den Kapitalismus, seine den Wohlstand fördernden Wirkungen, nicht infrage stellt. Insofern könnte es sich anbieten, das Buch neu aufzulegen, dann aber unter einem neuen Titel.

14. April 2009

Karlheinz Ruckriegel: Homo Oeconomicus.

Anmerkungen zum Aufsatz von Karlheinz Ruckriegel: *Homo Oeconomicus. Eine Kunstfigur, die aus der akademischen Retorte stieg*, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (Hrsg. Ludwig-Erhard-Stiftung, Bonn), Nr. 120, Juni 2009.

Gene sind liberal. Der Liberalismus ist genetisch fundiert.

Wenn Ökonomen vom Handeln eines Individuums sprechen, dann stellen sie sich das so vor, dass es eine Liste von Wünschen habe, die es mit der Liste seiner Möglichkeiten vergleicht. Und dann tut das Individuum das, was beides in Übereinstimmung bringt. Es handelt rational. Das Matching erfolgt wie in einem Computer. (Viele Internetprogramme bieten solches Matching an, z. B. auch die, die Bekanntschaften unter Singles fördern und dadurch profitieren). Einer der Schöpfer der Spieltheorie, Oskar Morgenstern, hat 1972 darauf hingewiesen, „dass die Firma, wie sie in Lehrbüchern präsentiert wird, leicht durch einen Computer ersetzt werden könne.“² Alles sei rationales Geschehen, man könne es voraussehen. Das ist die Sicht der Neo-Klassik, die erklären will, wie wirtschaftliches Handeln funktioniert. Der *Preis* ist der Parameter. Über den Preis könne alles geregelt werden. Er räumt den Markt.

Helmut Schmidt ließ uns vor Jahren wissen, dass wir es mit „Raubtierkapitalismus“ zu tun hätten, und danach sprach einer seiner Epigonen von „Heuschrecken“, ein Wort, das schon der Große Kurfürst auf die Juden in seinem Lande verwandte. In der Großen Krise des beginnenden

² Zitiert nach Malcolm H. Dunn, *Wachstum und endogener Wandel. – Eine Kritik des Wachstumsmodells von Paul Romer aus der Perspektive der evolutiven Ökonomik*, in: ORDO, Band 51, 2000, S. 277 ff., hier S. 280

21. Jahrhunderts leben diese Verurteilungen wieder auf. Auch weil die Spekulation auf den Finanzmärkten kaum rational erklärt werden kann.

Friedrich Engels meinte 1848, dass die Nationalökonomie ein „ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswirtschaft“ sei, man müsste sie eigentlich „Privat-Ökonomie“ heißen.³

Wäre das so, hätte das seine Entsprechung bei den Räuberbaronen, die ihre hohe Zeit im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861 – 1865) und danach hatten, und von dem sie als Kriegsgewinnler profitierten. Protagonisten waren Rockefeller, Carnegie und manch andere, die in unsere Epoche auch deswegen hineinwirken, weil sie als Stifter großer und größter Vermögen auftraten, die sie ihrer Gerissenheit, ihren rüden Geschäftsmethoden, aber auch ihrer puritanischen Lebensführung verdankten, wie das von dem Unternehmenshistoriker Fritz Redlich beschrieben wurde.⁴

J. A. Schumpeter baute seine Unternehmer- und Entwicklungstheorie auf den Erkenntnissen über das zum Teil bizarre Handeln dieser Räuberbarone auf – Schumpeter, der in der nach-klassischen Zeit geboren wurde (1883) und sich so recht keiner nationalökonomischen Schule zurechnen lässt. Er war gewiss kein Neo-Klassiker, die von Karlheinz Ruckriegel in seinem Aufsatz so scharf kritisiert werden. Dennoch hat auch er die mathematische Methode gepflegt, die sich als Instrument der Neoklassik über die eigentlichen Erklärungsinhalte als eine *l'art pour l'art* erhob. Er war ein Bewunderer des Ökonomen Léon Walras (1834 – 1910), der ein

³ Zitiert nach dem amüsanten Buch von Karl Hoche, *Die Marx-Brothers. Eine Geschichte des Sozialismus: 150 Jahre, die den Kapitalismus und das Zwerchfell erschütterten*, München 1983, S. 140

⁴ Fritz Redlich, *Der Unternehmer. Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Studien. Mit einem Nachwort von Edgar Salin*, Göttingen 1964

herausragender Vertreter der mathematischen Schule war und mit entsprechenden Instrumenten ein Modell des ökonomischen Gleichgewichts formulierte. Schumpeter besuchte ihn als junger Mann, fand aber bei dem von ihm Bewunderten keine Beachtung.

Vielleicht hat Schumpeter, der einer unternehmerischen Familie entsprang, wegen dieser Missachtung seine *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1911/12) *deskriptiv* formuliert, ähnlich wie das seine etwas älteren Zeitgenossen Max Weber (geb. 1864) und Werner Sombart (geb. 1863) taten, die in der puritanischen, beziehungsweise in der mosaischen Ethik die Ursprünge des modernen Kapitalismus sahen. Und so schrieben, dass es jeder verstand.

Bei Schumpeter war das „Zerbrechen“ hergebrachter Formen des wirtschaftlich-sozialen Zusammenlebens durch den „dynamischen Unternehmer“ das entscheidende Moment des wirtschaftlichen Fortschritts. Er hob diesen kostbaren Exzentriker, diesen kraftvollen Störenfried, wissenschaftlich aus der Taufe, der seit einigen Jahrzehnten selbst in Verlautbarungen der EU-Bürokratie seine Renaissance erlebt. Auch dort wird diesem Menschentyp wenig Rationales unterstellt.

*

Der Kapitalismus wird durch zwei Züge geformt, durch den Wettbewerb und die Ordnung. Ersterer hat agonale Züge. Im Wettbewerb ist zunächst alles erlaubt, vom Bluff bis zum Betrug. Es geht darum, Sieger zu sein, „ein Reich zu gründen“, wie Schumpeter das prägnant formulierte. Der dynamische Unternehmer fühlt sich als ein Elite-Mensch. Ihn beherrscht das Syndrom des Auserwähltseins, wie es Feldherren zu allen Zeiten eingegeben war. (Nietzsche grüßt!). Er ist ein Monopolist, möchte es immer

sein; drängt Nachahmer in den Abgrund, wenn es ihm möglich ist; gebärdet sich so, wie uns das Theoretiker der monopolistischen Gewinnmaximierung beigebracht haben, von Stackelberg etwa, der sich im Vorwort zu seinem Buch *Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre* (1943/1951) heftig gegen die Einwände wehrt, die Volkswirtschaftslehre sei zu mathematisch. „Was die Mathematik allein bewirkt, ist ein *genaues Denken*, auch über ‚ungenauere Dinge‘; und das ist allerdings sehr viel“. ⁵

Monopolisten haben zwei Parameter: die Menge des Angebots und den Preis. Mit Hilfe der Geometrie können sie leicht ablesen, wie sie ihren optimalen Gewinn erreichen können. Doch die Theoretiker lassen uns im Ungewissen, wie denn die Akteure im aktuellen Umfeld tatsächlich handeln. Sie gehen von der vereinfachenden Prämisse aus, dass nur die linke Seite des Kortex, der Verstand, ihr Handeln bestimmt.

*

Der Homo sapiens ist ein komplexes Wesen, weit hebt er sich über den Homo oeconomicus empor.

Der Seelenforscher Alfred Adler bietet uns als Erklärung für menschliches Handeln an, dass *Macht* das Lebensziel des Menschen ist. Schon beim Kind würde sich das äußern, wenn es bei der Mutter permanent um Aufmerksamkeit heischt.

Doch hat uns die anthropologische Forschung klar gemacht, was schon Aristoteles erkannte: der Mensch ist ein Gemeinwesen. Ohne seine Umwelt kann er nicht überleben. Und auch der Monopolist kann das nur

⁵ Heinrich von Stackelberg, *Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, 2. photomechanisch gedruckte Auflage, Tübingen und Zürich, 1951, S. X f.

vorübergehend, es sei denn, er verfügt über Waffen oder beherrscht den Gesetzes- und Verwaltungsapparat.

Richard Dawkins hat uns 1976 mit dem Buch *Das egoistische Gen* aufgeschreckt, das quasi eine genetische Fundierung der Adlerschen Entwicklungspsychologie gibt. Er geht davon aus, dass *Arten* als Einheit der Selektion anzusehen seien. Inzwischen scheint man sich jedoch einig, dass einzelne *Individuen* in ihrer Konkurrenz um Ressourcen in den Vordergrund zu stellen sind.

Dann geht Dawkins weiter, in die Tiefe: warum sollten nicht die *Gene* miteinander im Wettstreit stehen?

Dawkins führt die gesamte Entwicklung des Lebens auf die Selektion der *Gene* zurück, die jeweils die meisten Kopien von sich anfertigen konnten. Im Laufe der Evolution hätten sich diese immer raffinierter „Überlebensmaschinen“ in Form pflanzlicher oder tierischer (auch menschlicher) Körper geschaffen. Dabei aber könnten Gene durchaus auch kooperieren. Erst dadurch würden die komplexen Wechselwirkungen in heutigen Lebewesen überhaupt möglich. So ließe sich, Dawkins zufolge, auch eindeutig *altruistisches* Verhalten von Individuen durch den Egoismus der Gene erklären. Er spricht von *Verwandtenselektion*. Hilfe unter Verwandten ist ein selbstloser Akt. Denn das einzelne Individuum hat dadurch meist keinerlei Vorteile. Doch sei es unter bestimmten Bedingungen durchaus günstig, das andere Individuum zu retten.

Leben ist auf Zellen aufgebaut. Um diese Gewissheit zu gewinnen, bedurfte es zweitausend Jahre naturwissenschaftlicher Forschungen. Über viele Etappen gewann man die Überzeugung „omnis cellula a cellula“, wie der berühmte Biologe Rudolf Virchow (1839) das formulierte.

Ähnlich wie bei den Atomen - für die Griechen (und weit in die Neuzeit) noch das „Letzte Unteilbare“ - erwies es sich, dass auch die Zellen zusammengesetzte Gebilde sind, zusammengesetzt aus eigenständigen, nicht verwandten Lebewesen, die dann untereinander eine Symbiose bilden: ein „Zusammenleben ungleichnamiger Organismen“ *in* der Zelle, wobei man zunächst zwischen Mutualismus und Parasitismus unterschied.⁶

Dem russischen Botaniker Merežkovskij gebührt der Verdienst, als erster (1905) eine Theorie der *Endosymbiose* vorgelegt zu haben, die er später zu einer umfassenden Evolutionstheorie ausformulierte. Zunächst vertrat er den Standpunkt, dass das Zusammenleben in der Zelle *asymmetrisch* strukturiert sei: ein Organismus lebe auf Kosten anderer. Diese Form des *Parasitismus* erwies sich jedoch als unvereinbar mit der Überlegung (und Überzeugung, die auch Darwin vertrat), „daß es sich bei einer langandauernden und stabilen Lebensgemeinschaft zweier biologischer Arten nicht um eine parasitäre Beziehung handeln kann, sondern, daß sie beiden Seiten Vorteile bringen muß.“⁷

Der Begriff „reziproker Altruismus“ ward geboren, der der bedingten Kooperation, der in einem der jüngsten Zweige der Biologie, der Soziobiologie, eine besondere Bedeutung hat. Und dieses Prinzip besagt, dass bedingungsloser Altruismus für den einzelnen Organismus und auch für seine Gattung ebenso schädlich ist (das Märtyrer-Christentum legt uns das nahe: „...so halte ihm die andere Backe hin“) wie schrankenloser Egoismus („Aug um Aug, Zahn um Zahn“). „Die einfache Strategie des *Tit for Tat*, des *Wie du mir, so ich dir* (hat sich) als ausgesprochen erfolgreich erwiesen: Kooperatives Verhalten wird mit Kooperation beantwortet.

⁶ Junker, Thomas, *Geschichte der Biologie, Die Wissenschaft vom Leben*, München 2004, S. 78 f.

⁷ Dslb., a.a.O., S. 79

Unkooperatives Verhalten mit mangelnder Kooperation.“⁸ Es gilt das Wechselseitigkeitsprinzip.

Auch ohne Kant gelesen, seinen Kategorischen Imperativ vernommen und auch ohne überhaupt jemals eine Moralerziehung genossen zu haben, „sind Menschen sich weitgehend einig, daß Fairness etwas mit sozialer Symmetrie zu tun haben muss. Das *Was Du nicht willst, was man Dir tut, das füg‘ auch keinem anderen zu*, wird im Konsens über Völker und Epochen hinweg gespiegelt.“⁹

*

Weil der Mensch ein Gemeinwesen ist, haben die Schumpeterschen imperialen Ansprüche in der Regel nur kurzen Bestand. Die Gene, so sagen uns also die Biologen, sind zunächst feindlich, dann doch kooperativ. Weil alle nur so überleben können.

Der Homo oeconomicus ist Teil seines Gemeinwesens, in dem er registriert und beurteilt wird: ob sein Tun angemessen ist, was heißt (wenn er Kaufmann ist), ob seine Produkte gekauft werden oder nicht.

Diese Motive des Menschen, man kann sie irrationalen nennen, haben in der Forschung lange auf Beachtung gewartet. Friedrich August von Hayek hat uns allerdings bereits 1936 in seinem Vortrag *Economics and Knowledge* darauf aufmerksam gemacht, dass die von seinem Lehrer Ludwig von Mises vertretenen Positionen eines rationalistisch, aprioristisch und utilitaristisch handelnden Menschen nicht haltbar seien. „In dem begrenzten und

⁸ Dslb., a.a.O., S. 80

⁹ Voland, Eckart, *Grundkurs in Soziobiologie (2), Die Goldene Regel*, FAZ.NET–Natur und Wissen, vom 22. 11. 2006, S. 1

verstreuten Wissen der einzelnen Individuen und ihrer spontanen Handlungen, die ohne einheitlichen Plan zusammenfinden, sah er die entscheidenden Themen einer subjektivistischen Wirtschaftstheorie.“¹⁰ Und auf dieser realitätskonformen Grundannahme begann er seinen Feldzug gegen den Sozialismus, der in seinem Buch *Der Weg zur Knechtschaft* (1944) seinen Höhepunkt fand.

In der Mikrofundierung der Nationalökonomie leben diese Gedanken wieder auf, in der man sich mit den Motiven menschlichen Handelns beschäftigt. Auch die Betriebswirtschaftslehre folgt diesen Pfaden, vor allem in ihrer Marketinglehre, die die Motive menschlichen Handelns als Forschungsgegenstand entdeckt hat, ja entdecken musste, wollte sie dem Suchenden ein möglichst reales Bild des Individuums geben.

Der Mensch handelt eben nicht ausschließlich rational, häufig auch wie ein Hedonist. Deswegen ist man sich inzwischen einig, dass es *die* Zielgruppe eigentlich nicht gibt. Bei relativ übersichtlichen Märkten, bei homogenen Gütern, bei Benzin etwa, handelt das Individuum rechnerisch, rational, preisbewusst, schon nahezu reflexartig, wie uns das die neo-klassische Theorie erklärte; bei Mode- oder gar Luxusgütern eher aus dem „Bauch heraus“.

Der Homo sapiens tritt uns zumindest in drei Erscheinungsformen entgegen: als Konsument, als Unternehmer und als Politiker (als Staat), wenn man die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Klassifizierung heranzieht.

Man mag es kaum glauben, wenn man die Schumpetersche Version des Unternehmers im Gedächtnis hat, dass auch der Unternehmer *rational*

¹⁰ Hans Jörg Hennecke, *Friedrich August von Hayek zur Einführung*, Hamburg, 2008, S. 26 f.

handelt. Doch anders als bei Schumpeter beschrieben, handelt er in unserer Wettbewerbswirtschaft als *rationaler Altruist*, wie ich ihn in meinem Buch nenne. Der Soziologe Georg Simmel (1858-1918) hat das erkannt. Und darunter ist zu verstehen, dass der Unternehmer tagtäglich Wünsche seiner Kunden zu erfüllen hat, ihnen folgen muss. Die Wünsche der Kunden sind seine Wünschelrute. Er muss die Kunden *lieben*, will er als Unternehmer seinen Fortbestand sichern.¹¹ - Das Genetische hat seine Entsprechung im konkreten unternehmerischen Handeln.

Der Konsument ist noch viel schwieriger in seinem Handeln zu erfassen als der Unternehmer. Er schwankt bei der Befriedigung seiner Bedürfnisse wie ein Rohr im Wind. Er hat eine Bedürfnispyramide, deren Basis die Erfüllung der *rudimentären Überlebensnotwendigkeiten* bildet, bis dann, wenn er an der Spitze ist, *Prestige* das Ziel ist, wo der Preis des Produktes eine Rolle spielt, die in der einfachen Preistheorie nicht vorgesehen ist. Dann verläuft die Nachfragekurve invers: je höher der Preis ist, um so stärker ist die Nachfrage. (Die Millionärsessen in Moskau mögen als Beispiel dienen).

*

Die Diskussion um den Homo oeconomicus hat eines bewirkt: dass sich auch hierzulande Betriebs- und Volkswirtschaftslehre annähern, was in angelsächsischen Lehrbüchern der *Economics* schon längst geschehen ist. Das weithin akzeptierte Paradigma heißt *Mikrofundierung* der Wirtschaftswissenschaften: Wirtschaft wird in Computer-Laboratorien als Experiment behandelt, Verhandlungen, Auktionen als Felder der Studien betrachtet. Dabei liegen deutsche Forscher ziemlich weit vorn - Wolfgang

¹¹ Axel Glögler, *Unternehmer – Verkannte Elite? Von der Kleptokratie zur Meritokratie*, Hildesheim- Zürich- New York 2009, S. 241 ff., hier S. 252

Ockenfels etwa, den man als Pionier betrachten muss, dem dürren Konstrukt des Homo oeconomicus menschliche Züge verliehen zu haben.¹²

Die aufklärerische Idee, befördert durch die phänomenalen Fortschritte in den Naturwissenschaften (dass man alles menschliche Handeln erklären könne, man sah sich am Ende der menschlichen Entwicklung), hat den Homo oeconomicus geboren, der den Erkenntnissen der Psychologie (Freud) und der Soziologie (Auguste Comte, Max Weber) hätte weichen müssen. Das geschah lange Zeit nicht. Doch inzwischen befindet man sich wieder im 19. Jahrhundert, das die Hoch-Zeit der Liberalen war, die Zeit zum Beispiel der *Grenznutzenschule*, die Zeit, als der Mensch im Mittelpunkt der Überlegungen stand. Also nicht makroökonomische Abläufe, die man doch nur erklären kann, wenn man zurückgreift auf den, um den sich alles dreht, den Homo sapiens, der eben nicht nur vom Verstand, sondern durch vielfältige Gelüste gesteuert wird.

Die Neo-Klassik ist eine elegante Strömung, elegant wie die Mathematik. Sie hat ihre Bezüge lange vergessen. Nun scheint sie sie wieder zu gewinnen. Durch ihre Mikrofundierung, die Kooperation mit der Betriebswirtschaftslehre, deren Marketinglehre, die ihr Kern ist. Man folgt Hayek, der meinte, es sei „Kernaufgabe der Sozial- und Geisteswissenschaften“, das „Subjektive“ zu erklären, da „alle Versuche, sich mit Hilfe der exakten Naturwissenschaften in eine ‚Welt objektiver Tatsachen‘ zu flüchten, zum Scheitern verurteilt“ sind¹³. Das Scheitern des zentralverwaltungswirtschaftlichen Modells im Osten Europas, dort auf den Misthaufen der Geschichte geworfen, hat uns das bestätigt.

2. August 2009

¹² Philip Plickert, *Wirtschaft als Experiment*, in: FAZ vom 20. Juli 2009, S. 10

¹³ Hans Jörg Hennecke, a. a. O., S. 33

Umriss einer Kritik der Nationalökonomie

Die Nationalökonomie ist ein „ausgebildetes System des erlaubten Betrugs, eine komplette Bereicherungswirtschaft“, eigentlich müsste sie „*Privat-Ökonomie*“ heißen.

Wenn man registriert, dass höchst dekorierte Wissenschaftler der Nationalökonomie sehr fantasievoll an der Erfindung, Ausgestaltung von Finanzprodukten und auch ihrer spekulativen Nutzung beteiligt waren, die mithalfen, die Welt in eine Krise zu stürzen, scheint Friedrich Engels Behauptung bestätigt zu werden. Erst recht, wenn man liest, dass Myron Scholes, der 1996 den Nobelpreis „für die Ausarbeitung einer mathematischen Formel zur Bestimmung von Optionswerten an der Börse“ erhielt, zusammen mit seinen Kollegen bei dem Hedgefond LTMC 2008 einen Verlust von 4,6 Milliarden US-Dollar verursachte, was mit dazu beitrug, die globale Finanzkrise auszulösen. (2005 wurde Scholes wegen Steuerhinterziehung bei diesem Fond zu einer Strafe in Höhe von 40 Millionen US-Dollar verurteilt)¹⁴

Die *Weltbank* errechnet, dass weltweit Vermögensverluste von fünfzig Billionen US-Dollar zu beklagen sind, eine unvorstellbare Summe. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das diese Schäden zuließ, wird von vielen Politikern, nicht nur jenen am linken Rand, in Frage gestellt.

Unsere Wirtschaftsordnung wurde durch die Nationalökonomie begründet. Ist sie also an diesem *Waterloo* schuld?

14 Egon Görrens, Professor emeritus für Volkswirtschaftslehre, Universität Bayreuth , macht mich in seinem Brief vom 3. 4. 2009 auf diesen Tatbestand aufmerksam. Vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Myron_Scholes vom 12.4. 2009

Unübersehbar ist, dass sich die Mehrzahl der Nationalökonomien seit etwa fünfzig Jahren der Mathematisierung verschrieben hat. Das mag dieser Disziplin zwar manchen Fortschritt im Kleinen beschert haben, führte aber auch dazu, einen bedeutsamen anderen Zweig, die Wirtschafts-*Ordnungs-Ökonomik*, nahezu auszurotten. Vor allem in Deutschland wird dieses Vakuum beklagt. Ökonomen erklären es damit, dass die Hinwendung ihrer Kollegen zu diesen formalen Arbeitsgebieten ihnen höhere Belohnung versprach, wenn nicht gar Aufmerksamkeit schlechthin.

Die Weltwirtschaftskrise kann jedoch nicht als ein *Waterloo der Nationalökonomie* bezeichnet werden, schon gar nicht ist die Nationalökonomie ein „Betrugs- oder Bereicherungssystem“, wie das Friedrich Engels nach seinem Blick auf die Situation der englischen Arbeiterschaft vor gut 150 Jahren glauben feststellen zu müssen. Von einem *Waterloo* kann höchstens für die Ordnungsökonomik gesprochen werden, die aus dem Felde geschlagen wurde, da sie als altmodisch galt und gilt.

Doch hat sich die *Ordnungsökonomik* - eine intellektuelle Meisterleistung speziell der deutschen Nationalökonomie - keineswegs erschöpft. Sie ist nötiger denn je. Mitte des vergangenen Jahrhunderts wendeten sich Vertreter des *Ordoliberalismus* mit ihren Schriften nicht (nur) an ein vornehmlich akademisch vorgebildetes Publikum, sondern an alle, die an der Verbesserung der Wohlfahrt der Gesellschaft ein Interesse haben - wie das Adam Smith tat, der sein epochales Buch *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen* (1776) nannte und so sprach, dass ihn jedermann verstand.

Der Klassiker Adam Smith und seine unmittelbaren Nachfolger haben es zwar nicht hinreichend verstanden, die Konjunkturschwankungen zu erklären, die sich in ihrem Umfeld, dem früh-kapitalistischen

Wirtschaftssystem, zeigten. Sie gingen davon aus, dass die Wirtschaft sich immer zu einem Gleichgewichtszustand hin bewege. So sei selbst ein Fall der Löhne nicht bedrohlich, denn über den Preismechanismus würde wieder eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeit geschaffen. Das Gegenteil trat jedoch ein, die Marx'sche *Industrielle Reservearmee* entstand. Dass der früh-kapitalistische Markt in diesem Sinne versagte, war dann auch einer der Hauptangriffspunkte von Friedrich Engels und von Karl Marx. Ihre Antwort war ein sozialistisches Wirtschaftsmodell, das sich der notleidenden Arbeiterschaft bedienen sollte, um die Bourgeoisie niederzuringen und um eine Weltrevolution herbeizuführen. Doch der demokratische Kapitalismus vermochte die Marx'schen Prophezeiungen zu widerlegen, auch vermittelt einer Ordnung, die die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in Monopolen tendenziell begrenzte. Die Vereinigten Staaten waren Vorreiter einer solchen Wettbewerbsgesetzgebung.

Dass der Ordnungsgedanke in Politik und Nationalökonomie kaum mehr einen Stellenwert besitzt, ist für mich der tiefe Grund für die gegenwärtige Finanz- und Realkrise. Vielleicht darf man sogar sagen, dass die Krise eine der vielen Folgen der amerikanischen Kultur- und Wissenschaftshegemonie¹⁵ ist, die sich auch in einer globalen Mathematisierung dieses Forschungszweiges manifestiert. Wie es gesellschaftliche Eliten im 18. Jahrhundert mit dem Französischen hielten, kann die akademische Elite heute nur mehr „amerikanisch“ sprechen - also für Laien unverständlich. Diese Dominanz hat es dann auch zu Wege gebracht, dass weltweit gegen fundamentale Ordnungs-Grundsätze verstoßen wurde.

¹⁵ 41 aller Nobelpreisträger, die seit Beginn der Auszeichnung für diesen Wissenschaftszweig (1960) ausgezeichnet wurden, waren amerikanischer Nationalität.

So müssen den Mathematikern Ordnungstheoretiker entgegentreten.¹⁶ Sie sind in der Lage zu zeigen, dass die gegenwärtige Krise auf der Fehlentwicklung der Macht zu Gunsten einer neuen Art *Nomenklatura* gründet. Und diese *Nomenklatura* wird durch die genannten Formaltheoretiker gestützt.

Die Mathematiker unter den modernen Wachstumstheoretikern sind sich zwar mit ihren traditionell arbeitenden Kollegen darin einig, dass der technische Fortschritt für Wirtschaftswachstum unverzichtbar ist. Aber die Formalisten sehen die Quellen für Innovationen vorzüglich in Großunternehmen, ebenso wie das amerikanische Vertreter der Managementlehre tun, die aus denselben Gründen ein Design der Wirtschaft zu Gunsten von „Groß“ befürworten. (Man fühlt sich an Napoleon mit seiner *Grande Armée*, seinen *Grandes Écoles* erinnert; dann an die amerikanischen „Generale“: an *General Electric* oder *General Motors*; Chruschtschow verspottete sie). Die Empirie spricht jedoch eine andere Sprache.

Ein Kritiker der modernen Wachstumstheorie, Malcolm H. Dunn, schreibt: „Ein konstitutives Element für das Auftreten und die Verbreitung von Produkt- und Prozessinnovationen (wie sie das volkswirtschaftliche

¹⁶ Was sie inzwischen tun mit ihrem *Aufruf*, den 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre unterzeichneten: *Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!*, in dem zu lesen ist: „In der volkswirtschaftlichen Theorie herrscht die Tendenz vor, aus jeweils gewählten Annahmen logische Schlußfolgerungen abzuleiten. Das jeweilige Ergebnis ist bereits vollständig in den Annahmen enthalten Diese Methodik garantiert formale Rigorosität, ist aber für die Analyse realwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik wenig geeignet“. Vgl. FAZ vom 27. April 2009, S. 12. – Siehe auch Philip Plickert *Ökonomik in der Vertrauenskrise* (FAZ vom 5. 5. 2009), der darauf hinweist, dass „der heutige Vorsitzende der amerikanischen Notenbank Fed, Ben Bernanke sich vor einigen Jahren noch dahingehend äußerte, dass „das Wissen über makroökonomische Zusammenhänge so weit fortgeschritten (sei), dass größere Wirtschaftskrisen ausgeschlossen werden könnten. Man habe alles im Griff [...]. Der eklatante Irrtum eines so angesehen Wissenschaftlers wie Bernanke ist symptomatisch für die Selbstüberschätzung vieler Ökonomen. [...] Dem liegt eine >Anmaßung von Wissen< (Friedrich August von Hayek) zugrunde“, so Plickert.

Wachstum braucht, der Verf.) ist die Ungewissheit der Marktergebnisse, wie überhaupt die Existenz echter, nicht kalkulierbarer Ungewissheit eine Voraussetzung funktionierender Märkte ist“, und er zitiert Oskar Morgenstern (mit John von Neumann Erfinder der *Spieltheorie*), der darauf hingewiesen hat, „dass die Firma, wie sie in den Lehrbüchern präsentiert werde, leicht durch einen Computer ersetzt werden könne (und) dass der Wettbewerb der neoklassischen Gleichgewichtsökonomik nur wenig mit dem realen Wettbewerb gemein hat“.¹⁷

Unter der Überschrift *Die Betriebswirtschaftslehre hat den Unternehmer vergessen*, kritisiert ein Betriebswirt, ein Professor of Family Business, dass „die Betriebswirtschaftslehre, geschult am Leitbild der klassischen Publikumsaktiengesellschaften, sich mit dem Phänomen dominierender Inhaberschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, praktisch nicht beschäftigt. Und das, obwohl es sich bei der überwiegenden Zahl aller Unternehmen um Familienunternehmen handelt“.¹⁸

*

Nun gab es ja vor kurzem eine Mammutkonferenz, die das Ziel der Neuordnung der globalen Finanzverfassung hatte. Ob sich ihre Protagonisten aber der Prinzipien besonnen haben, die das Haupt der Ordnungsökonomik, Walter Eucken, in seinem Buch *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* (1952) niederlegte, bleibt abzuwarten. Skepsis in mancherlei Hinsicht ist angebracht.

Zum *ersten* steht zu befürchten, dass das Problem der globalen Überschussliquidität unterschätzt wird und damit das der Inflation: weil

¹⁷ ORDO, Bd. 51, 2000, S. 280, s. dort auch Fußnote 1

¹⁸ Peter May in der FAZ vom 20. April 2009, S. 12

man der Auffassung ist, dass man Liquidität *jetzt* nicht einfrieren könne, wo doch eine Deflation drohe.

Dann, zum *zweiten*, wird die Frage der Haftung für Manager von Großkonzernen nicht konsequent gelöst werden. Mit der Begrenzung ihrer Vergütungen ist es nicht getan. Die „Verhaftung“ von Politikern für die Folgen ihres Tuns bleibt mit Sicherheit außen vor. Die „Mammuts“ der Konferenz sind ja Manager der Politik - und Gesetzgeber zugleich. Die Gewaltenteilung besteht nur zum Schein. Das Parlament ist ihr Notariat, es winkt durch.

In das Privateigentum, *drittens*, wird weiter eingegriffen werden durch Aufrechterhaltung eines konfiskatorischen Steuerrechtes. Internationaler Steuerwettbewerb ist schon unterbunden mit Methoden, für die es nur die Vokabel Nötigung geben kann. Steuerverschwendung, andererseits, stand natürlich nicht auf der Tagesordnung.

Enteignungen, *viertens*, Eingriffe in privates Eigentum, werden abgesegnet werden, vorgeblich als *ultima ratio*. Ob die Verstaatlichungen im Bankensektor je wieder rückgängig gemacht werden, ist ungewiss. Besonders dann, wenn die Etablierten glauben, mit Postkommunisten koalieren zu müssen, die das immer schon zum Programm erhoben haben.

Vor allem, *fünftens*, wird es auch künftighin keine Konstanz der Wirtschaftspolitik geben. Denn das würde ja bedeuten, dass die politischen Akteure einen (Ordnungs-)Gedanken verinnerlicht hätten, der in dem Diktum des Marquis d' Argenson (1694- 1757) zum Ausdruck kommt: „Gut regieren, heißt weniger regieren“. Von laufenden, fallweisen Interventionen in den wirtschaftlichen Ablauf Abstand zu nehmen, das war den Akteuren

auf der abgelaufenen Konferenz wesensfremd, sie fühlten sich ja gerade dazu berufen.

Dabei hätten sich die Akteure der Konferenz besonders auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik, ein zentraler Punkt auf ihrer Agenda, bewusst sein müssen, dass es in der „Guten alten Zeit“ einen Goldstandard, einen Goldautomatismus gab, also eine einfache, aber klare Regel, die dazu zwang, die umlaufende Geldmenge an den Bestand von Goldreserven anzupassen, die Geldmenge also zu reduzieren, wenn Gold wegen eines Handelsbilanzdefizites abgegeben werden musste. (Gold könnte ersetzt bzw. ergänzt werden durch ein Bündel anderer Produkte, deren Schaffung deutlich mehr Aufwand verlangt als das Drucken von Papiergeld¹⁹).

¹⁹ Der chinesische Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan hat jüngst seinen Reformvorschlag zur langfristigen Verbesserung des Weltwährungssystems präsentiert. Die chinesische Zentralbank will kurzfristig die Rolle der Sonderziehungsrechte stärken, „langfristig offenbar eine Rohstoff-Reservewährung schaffen. [...] Ziel müsse es sein, eine Reservewährung zu schaffen, die nicht von kreditbasierten nationalen Währungen abhängig sei, schreibt Zhou. Genau dies habe der britische Ökonom John Maynard Keynes bereits in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts getan: ‚Keynes schlug vor, eine internationale Währungseinheit >Bancor< einzuführen, die auf dem Wert von 30 repräsentativen Rohstoffen basiert. Leider wurde der Vorschlag nicht akzeptiert‘“. *Chinas Plan für ein neues Welt-Währungssystem*, in: FAZ vom 28. März 2009

Aber das zu erwarten, ist illusorisch. Die Hegemonialmacht USA, die sich um ihre gigantischen Handelsbilanzdefizite nicht schert, hätte längst alle ihre Reserven verloren.²⁰

Es gibt manche Paradigmen, die in der nationalökonomischen Forschung und in der wirtschaftspolitischen Praxis in Frage zu stellen sind.

Um zunächst bei der Geldpolitik zu bleiben:

Ökonomie und Politik sollten endlich registrieren, dass Geld und , damit auch die entsprechenden Zentralbank-Aktionen, kurz- bis mittelfristig kaum einen Einfluss auf die Realwirtschaft haben; und, dass die fallweise operierende Geldpolitik, wie sie nach Aufgabe des Goldstandards betrieben wurde, eher kontraproduktiv auf die Realwirtschaft einwirkt, da jede, auch eine restriktive Politik der Geldverknappung, mit Wirkungsverzögerungen behaftet ist: Sie wirkt erst dann, wenn die Rezession sich schon breit gemacht hat. Und mit einer expansiven Politik verhält es sich entsprechend.

²⁰ Die Zusammenhänge sind in praxi etwas komplizierter. Vgl. hierzu Ernst Dürr (Hrsg.), *Einleitung zu Geld- und Bankpolitik*, Köln und Berlin, 1969, S. 16 ff., wo Dürr darauf hinweist, dass es in der Zeit von 1880 bis 1914 zwar die erwartete entgegengerichtete Entwicklung von Preisniveau und Währungsreserven gab, „doch kamen diese Schwankungen der Währungsreserven [...] weniger durch die internationalen Goldströme zustande als vielmehr durch die Variation des inländischen Goldmünzenumlaufs, der in der Hochkonjunktur bei wachsender Bargeldnachfrage stieg und in der Depression sank.“ Tatsächlich gab es also „keine Goldversendung im Konjunkturverlauf, die die Geldmenge reguliert haben könnte. Im Aufschwung stieg die Kassenhaltung (Transaktionsbedarf an Goldmünzen) der Wirtschaftssubjekte und die Notenbank reagierte auf diesen Goldabfluß mit Diskontsatz erhöhungen oder anderen restriktiven Maßnahmen. Im Abschwung nahm die Kassenhaltung ab und die Notenbank und die Notenbank reagierte aus ihrem Gewinninteresse mit Diskontsatzsenkung“. (Hinweis von Wilhelm Meyer in seinem Brief an mich vom 31. 3. 2009). Der im Text angesprochene „Mechanismus“ ist also zu relativieren durch das Vorliegen einer *Goldumlaufwährung* und durch das Gewinninteresse der Zentralbanken.

Das ist das Problem der gegenwärtigen monetären Expansionspolitik: Im kurzen kann sie nichts erreichen, und längerfristig fördert sie Übertreibungen. In drei bis fünf Jahren, spätestens, wirkt sich das aus - in Inflation, die man derzeit keineswegs als Bedrohung sieht.

Der seinerzeit hoch gelobte Chef des *Federal Reserve Systems*, Alan Greenspan, betrieb in seiner Amtszeit eine ungezügelter Geldpolitik, an deren Folgen wir derzeit leiden. („Die Geldpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, die Weltwirtschaft zu destabilisieren, indem schwerwiegende Ungleichgewichte und die Bildung von Preisblasen über Jahre hinweg toleriert wurden“, heißt es zu Recht bei einem Kommentator.²¹) *Ihn* muss man als einen der Hauptverursacher der Weltwirtschaftskrise anklagen, was inzwischen auch Timothy Geithner, der neue US Finanzminister öffentlich tut, obwohl er in der kritischen Zeit selbst Mitglied des Führungsgremiums des FR-Systems war.²² (Man geht in den öffentlichen Beichtstuhl und glaubt sich seiner Sünden ledig). Die Schriften des Liberalen Milton Friedman, der eine regelgebundene Geldpolitik empfahl, vergaß er wie seine mathematischen Epigonen. Doch diese liberalen Schriften bedürfen einer Wiederbelebung, wie die der Ordnungsökonomik schlechthin.

Wird die interventionistische Geldpolitik jedoch beibehalten, was zu erwarten ist, kann es nicht angehen, als deren Ziel nur die Stabilität des *Konsumentenpreisindex* zu fixieren. Denn es waren ja gerade die exzessiven Preissteigerungen auf den Rohstoff- und Immobilienmärkten, die zur gegenwärtigen Finanzmisere führten. (Die wirtschaftlichen Abläufe sind verwoben, auch *das* eine Erkenntnis der Ordoliberalen, die uns keineswegs überrascht, weil sie dem natürlichen Empfinden entspricht). Warum erlaubt man es - wie derzeit geboten - den währungspolitischen Instanzen nicht,

²¹ Philip Plickert, *Ökonomik in der Vertrauenskrise*, in: FAZ vom 5. Mai 2009

²² Vgl. FAZ v. 13. Mai 2009 *Geithner gibt der Fed die Schuld an der Krise*

Immobilien-, Rohstoffzertifikate, Aktien und andere *Realwerte* zu kaufen (freilich ausgewählt durch einen Zufallsgenerator)? Anstelle von Staatsanleihen? Der Kauf von Staatsanleihen vergrößert doch nur den Einfluss jener immer mehr, die von wirtschaftlichen Abläufen nichts verstehen und Tausende Milliarden Werte vernichteten, der Welt ein Desaster bescherten, das es in Friedenszeiten kaum je gab!

„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören muss man ihr Geldwesen verwüsten“. Die bekannte These Lenins kann nicht bestritten werden. Die bürgerliche Ordnung beruht auf Freiheit, der Herrschaft des Rechts, privatem Eigentum und Wettbewerb. Und sie beruht auf personeller, nicht sozialisierter Verantwortung. Schleichender Sozialismus ist so gefährlich wie der Dieb in der Nacht. Das *Triumvirat der Macht*, gebildet aus opportunistischen Aufsteigern in Großfinanz, Gewerkschaften und Politik, will das nicht erkennen. Es betreibt einen *Elitensozialismus*, der am Erhalt der Macht, nicht aber Wohl des Gemeinwesens orientiert ist. Ihr Handeln ist kurzfristig angelegt, wie das eines Diebs und Räubers.

*

Die Nationalökonomie, die *Political Economy*, wie sie im Englischen heißt, muss sich der Machtfrage annehmen, stärker und anders als bisher. Die Machtfrage muss in dem Sinne gelöst werden, dass jene, die an der Macht sind, ihren Untergebenen *nachhaltig* Wohlfahrt schaffen.

Selbst in demokratisch strukturierten Staaten gewinnen Volkstribune Macht nach Art von Cola di Rienzi (1313-1354). Sie bedienen geschickt die Lüste der Wähler, auch weil sie es verstehen, Begriffe umzudeuten, den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ etwa, der ein Beutebegriff geworden ist. Phantastischste Versprechungen werden gemacht, die außerordentlichsten

Reformen werden in Aussicht gestellt. Im Augenblick erzielen diese Übertreibungen dann große Wirkung und für die Zukunft verpflichten sie zu nichts. Sie leben vom „Speck der Zivilisation, im Scherz und im Bewusstsein, dass ihr Tun ohne Folgen bleibt.“ Ortega y Gasset nennt sie in *Der Aufstand der Massen* (1930) die „Zufriedenen jungen Herren“.

Und zu ihnen gesellt sich der „Gelehrte Ignorant“ (Ortega), der über die Maßen spezialisierte Wissenschaftler, der unberührt von allem ist, was außerhalb seines schmalen, von ihm bestellten Wissensgebiet liegt und das „Dilettantismus“ nennt.

So sind Überhebung, parasitäres Verhalten und übertriebene Spezialisierung der Gelehrten Ignoranten die Basis für das, was Ortega die größte Gefahr für die europäische Kultur nennt: der Staat. Dieser sei eine gewaltige Maschine geworden und arbeite dank der Fülle und Präzision seiner Mittel mit einem bewundernswerten Wirkungsgrad. Alle werden von ihm bedacht, freilich nur von Fall zu Fall. Aber dadurch, dass er mal die eine, dann die andere Gruppe bedient, werfen sich ihm bald alle zu Füßen. Und dann saugt der Moloch sie alle auf.

Der Umgang mit Volkstribunen, werden sie denn je entlarvt, hat sich seit Colas Zeiten verfeinert. Heute werden die Condottieri nicht mehr erschlagen, durch die Hauptstadt geschleift und an einer Hauswand aufgehängt. Sondern nur abgewählt. Doch das Ergebnis bleibt das gleiche. Das Volk hat es immer wieder mit den Gleichen zu tun. Das nennt Vilfredo Pareto „Persistenz der Macht“. Und: die Mächtigen hinterlassen Leichen im Keller. Die Toten kümmern sie nicht mehr. Viele sehen das wie Pareto, auch christliche Politiker, aber keiner ist bereit, seine persönliche Existenz in die Waagschale zu werfen, um die mittelalterlichen Wahlverfahren zu ändern.

Die Demokratie bedarf weniger, aber starker Institutionen, freilich solcher ohne bürokratischen Überbau. Ein Nachtwächterstaat ist so wenig hilfreich wie ein Überwachungsstaat. Das Personal der Institutionen muß sich rekrutieren aus „Wahren Eliten“, wie ich sie nennen möchte, die beim Scheitern nicht erwarten, von Hängematten aufgefangen zu werden, wie die Zufriedenen jungen Herren.

Manche Gelehrte Ignoranten der Volkswirtschaftslehre stellen sich in den Dienst des Triumvirats der Macht, das uns die globale Krise bescherte. Sie geben und kassieren ihre Empfehlungen nach Lust und Laune. Verantwortung ist eine Vokabel, die sie gerne in regierungsamtliche Empfehlungen schreiben, wohl wissend, dass diese Verantwortung für sie selbst nicht gilt. Als Schreibtischtäter sind sie weit ab vom Schuss. Dabei sind die suggestiven Wirkungen ihrer Schriften enorm. Nicht weil sie je besonders Originelles zu sagen hätten, sie folgen ja nur dem einem oder anderem Strom des „Man sagt“; sondern weil sie Institutionen im Rücken haben, die über schier unerschöpfliche Werbekraft verfügen. „Warum hat Professor Walter uns nicht gewarnt?“ – *vor* der Krise, die er jetzt so kenntnisreich kommentiert, hört man eine Stimme aus dem Volk. Nun, weil Herr Walter, Chefvolkswirt der Deutsche Bank, sich sicher war, im großen Strom der Irrenden besser aufgehoben zu sein, als im Rinnsal der Überzeugten.

Auch das wäre also eine Aufgabe der Nationalökonomie, des „kämpferischen Liberalismus“ (Friedrich von Hayek): diese Zwittergestalten vom Schutzmantel ihrer Auftraggeber zu entkleiden, sie bloß zu stellen, um sie dann zu fragen: Bürgen Sie auch mit ihrem Schicksal für ihre falschen Empfehlungen? *Mainstream*-Ökonomen dieser Art sind Schauspieler, sie treten auf die Bühne mit einer Rolle und nehmen eine neue an, wenn ein neues Schaustück auf dem Spielplan steht.

Auch unser Bundespräsident, Horst Köhler, ist nicht ohne Tadel. Am 24. März 2009 hielt er seine „Berliner Rede“ (in einer Kirche), von der er sicher hoffte, sie würde einen „Ruck“ erzeugen. Ihn wird man nicht einen „Gelehrten Ignoranten“ nennen dürfen. Als promovierter Ökonom versteht er was von dieser Disziplin. Doch ist zu kritisieren, dass er in seinen vielen herausgehobenen Positionen „nie auf der Seite des privaten Marktes stand, sondern stets auf der Seite des regulierenden Staates und seiner öffentlichen Banken [...] Köhler hat an jenen Stellen Verantwortung getragen, an denen der Staat jene unzureichenden Regeln für die Märkte setzte, die heute zu den Ursachen dieser Finanzkrise zählen“ (Heike Göbel).

Mitte März 2009 wird in der Presse darüber berichtet, dass die britische Labour-Regierung den heimischen Banken mehr Regulierungen verordnet hat. Der Katalog umfasst mindestens dreizehn Komplexe (wenn das nicht eine Unglückszahl ist!). Die deutsche Regierung tut es der englischen gleich. Mehr Aufsichtspersonal und neue supra-nationale Behörden werden gefordert. Besonders eigenartig mutet es an, wenn man liest, dass „außerbilanzielle Positionen der Banken schärfer reguliert werden sollen“ – als gäbe es kein Handelsgesetzbuch, das vom Kaufmann fordert, seine Position in der Bilanz so exakt wie möglich und vor allem vollständig darzustellen. Die bisherige Duldung solcher außer-bilanzieller Geschäfte („off-shore“, damit es keiner sieht!) durch die Währungs- und Aufsichtsbehörden, die alle Spitzeninstitute des deutschen Sparkassenwesens in den Ruin trieb, ist nicht nur grob fahrlässig, sondern kommt einer Mittäterschaft gleich. Ein bekanntes Wirtschaftsmagazin stellt fest, dass etwa die Deutsche Bank, die rund 500 (!) Niederlassungen auf solchen Off-shoreplätzen unterhält, ohne diese gar nicht überleben könnte,

was denn auch die Initiativen des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück gegen Steueroasen höchst fragwürdig erscheinen lässt.²³

Banken sollen künftig mit mehr Eigenkapital operieren, ein weiterer Punkt im Katalog. Hat sich bisher nur je ein Beamter vergegenwärtigt, was es bedeutet, dass Banken, die mit Recht als *systemische* Organisationen bezeichnet werden, am Geschäftsverkehr teilnehmen dürfen, obzwar sie nur über (maximal) zehn Prozent ihrer Bilanzsumme Eigenkapital verfügen? (Jeder Kredit suchende Handwerksmeister wird mit solchen Relationen abgestraft). Die obendrein und offenkundig auch vom Weg der *Goldenen Bankregel* abgekommen sind, wonach ihre Kredite dieselbe Fristenstruktur wie ihre Schulden haben sollen? Finanzakrobat Münnemann ist in den 1970er Jahren an der Missachtung dieser güldenen Regel gescheitert, was er dann, regelkonform, mit dem Verlust seiner bürgerlichen Existenz bezahlen musste - anders als gegenwärtig etwa die Vorstandsmitglieder der Landesbanken.²⁴

Da man den Charakter der Spieler um Macht nicht ändern kann, müssen die Spielregeln so formuliert werden, dass es Übergriffe jener nicht geben kann, die sich um das Gemeinwohl nicht sorgen (Buchanan). Das ist ein zentraler Gedanke der Ordnungsökonomik. Die Macht soll dem zufallen, der bewiesen hat, es besser zu können. Darauf wies ein *wahrer Unternehmer*,

²³ Leo Müller u.a., *Die Erblast*, in: Capital 05/2009, Seite 24 ff. Seite 36

²⁴ Leser Rudolf Göllner aus Freinsheim in der Pfalz schreibt hierzu in der FAZ vom 26. 3. 2009: „Fast alle in der Finanzkrise in Schieflage geratenen Banken (haben) gegen die ‚goldene Bankregel‘ einer fristenkongruenten Refinanzierung von Krediten verstoßen [...] eine Regel, die mir vor fünfzig Jahren in der Berufsschule für Banklehrlinge als Grundgesetz beigebracht wurde. Verstöße dagegen sind etwa so, als wenn ein Maurer eine Wand nicht im Lot errichtet und vergeblich hofft, dass sie nicht einstürzt. Warum sind solche klar auf der Hand liegenden Verstöße gegen elementare Berufsregeln nicht strafbar?“

Reinhard Mohn, vor wenigen Jahren hin, doch sein Ruf blieb ohne Widerhall.²⁵ (Gerhard Schröder, ein Beispiel unter vielen, wäre durch diesen Rost gefallen, als er versprach, er würde sich an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit messen lassen). Dazu müssen objektiv nachprüfbare Indikatoren herangezogen werden, maximal drei bis fünf, wenn es so vieler überhaupt braucht.

In den 1960er und 1970er Jahren sprach die Konjunkturpolitik davon, dass es gelingen müsse, das *Magische Dreieck* zu verwirklichen: also Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Es wurde, auch akademisch, diskutiert. Professor Schiller, sozialdemokratischer Wirtschaftsminister in der ersten lager-übergreifenden Koalition, meinte, dass es einen Konflikt unter diesen Zielen gäbe: alle drei Ziele gleichzeitig zu erreichen, könne nicht gelingen. Diese Einschätzung seines Parteifreundes nahm Bundeskanzler Willy Brandt auf, um seine Interpretation des *Magischen Dreiecks* zu bekunden: Er würde ein paar Prozent mehr Inflation gerne einem paar Prozent weniger Arbeitslosigkeit opfern. Dabei hätte seinen wirtschaftspolitischen Beratern schon seinerzeit, hätten sie denn Forschungsergebnisse liberaler Ökonomen gelesen, klar sein müssen, dass es tatsächlich keinen Zielkonflikt gibt. Viele weitere empirische Studien haben inzwischen belegt, dass mit einem Mehr an Inflation kein Weniger an Arbeitslosigkeit eingehandelt werden kann. Und, dass es kein Wachstum gibt, wo Inflation herrscht. Auch die Verbesserung der sogenannten „weichen Faktoren“ des Wohlstands (Analphabetentum, Kindersterblichkeit, intakte Umwelt und so weiter) geht nur mit Wirtschaftswachstum einher.

²⁵ Reinhard Mohn *Demokratie und Führung als Zukunftsaufgabe*, in: FAZ vom 6. Mai 2005

Wachstum muss deshalb *das* zentrale Ziel der Wirtschaftspolitik sein. Wirtschaftswachstum ist kein Fetisch. Denn Wachstum schafft Verteilungsspielräume, also die Option, eine politisch gewollte Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu finanzieren. Dabei ist keineswegs sicher, dass eine *gleichmäßige* Einkommens- und Vermögensverteilung dem Wachstum besonders dienlich ist. Bis zu einem gewissen Grade ist Ungleichheit stimulierend, da sie Anreize schafft - die Durchlässigkeit des Systems für Ambitionierte freilich vorausgesetzt. Das Versprechen von Gleichheit fördert Hängemattendenken. Welches Volk könnte profunder darüber urteilen als das deutsche? Ein recht homogenes Volk, das dies, die Gleichheit, und das andere, den Wettbewerbsprozess unter Ungleichen erlebte? (Uwe Telkamp beschrieb jüngst in *Der Turm*, was es hieß, unter „Gleichheit“ zu leben).

So sind Wachstumsverluste *systemische* Verluste, Verluste, die das erfolgreiche kapitalistische System in Frage stellen.

An diesem Indikator müssen sich die politisch Verantwortlichen messen lassen, die Institutionen ins Leben gerufen haben, die sie dann aufzubessern suchen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Die Nationalökonomie hat eine Erkenntnis- und dadurch eine Fürsorgepflicht, der sie auch meist nachkam. Sie hat den politischen, dann den Ordoliberalismus geboren. Mit Recht erhebt sie einen universellen Anspruch. Wohlfahrt für die Massen wurde durch ihn erzeugt, nicht immer individuelles Glück oder gar persönliches Seelenheil. Das ist eine spirituelle Sphäre. Demnach ist zu fragen, warum man ihm, dem Ordoliberalismus, nicht den Status einer Religion geben soll. Oder dem durch ihn bestimmten Kapitalismus. Freilich nicht so, wie das Walter Benjamin meinte, der dem Kapitalismus den Status „eines nicht entschuldigenden, sondern verschuldenden

Kultus gibt“.²⁶ Denn nur *er* kann, durch positive Erfahrungen gerüstet, den Kampf gegen anti-liberale Religionen bestehen, die unsere Welt bedrohen. Wohlstand für die Massen verlangt Ordoliberalismus, nicht ein frühkapitalistisches Ordnungsdesign.

Darauf also sollten sich die großen Köpfe der Nationalökonomie besinnen, nicht so sehr auf das Pflegen mathematischer Glasperlenspiele (wenngleich ihnen das nicht selten den Nobel-Preis einbringt). Sie mögen sich konzentrieren auf das Gegenüberstellen von guter und schlechter Politik, die Wohlstand für Nationen schafft oder eben nicht. Der Wettbewerb der Ordnungen hat längst sein Urteil gefällt. Selbst in monolithischen Staaten haben kapitalistische Ideen recht kurzfristig für mehr Wohlstand gesorgt.

Die Nationalökonomie kann in ihren Methoden nur bedingt mit den Naturwissenschaften verglichen werden. Sie hat es mit offenen Systemen zu tun, weswegen die Gesetze, die sie findet (oder glaubt, gefunden zu haben), auch an Zahl weit geringer sind. Doch ein unumstößliches Gesetz gibt es, nämlich, das, dass der Flexibilisierung deutlich mehr Raum gegeben werden muss, als dem der Zentralisierung. Das heißt auch: Duldung von Improvisationen anstatt stets den Großen Wurf im Auge zu haben.

Manchmal ist es weise, sich zurückzuhalten, wie das das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* jüngst tat, als es erklärte, für das kommende Jahr keine Konjunkturprognose zu veröffentlichen. „Hätten die Herren Jesaja, Habakuk und Ezechiel sich solche Skrupel geleistet, dann wäre das Alte Testament heute so dick wie die Betriebsanleitung eines Eierschneiders. Nostradamus und Cassandra konnten sich ja auch nicht

²⁶ Walter Benjamin, *Kapitalismus als Religion*, in: Dirk Baeker (Hrsg.), *Kapitalismus als Religion*, Berlin 2005, Seite 15

einfach hinstellen: ‚Im Moment sehe ich gar nichts, nicht einmal ein klitzekleines Weltuntergangchen‘. Auch das Orakel von Delphi war seit seiner Indienststellung nie wegen technischer Probleme geschlossen. Und überhaupt: Wo kämen wir denn hin, wenn sich niemand mehr lauthals zu Sachverhalten äußerte, die er eher unzureichend ublickt“, fragt Mielke in seiner Kolumne *Mielke murr*, in der er das Prognosegebaren so vieler privater und staatlicher Prognostiker persifliert.²⁷

Ein Beispiel, aus der jüngsten Wahrungsgeschichte entnommen, ein Beispiel das zum Lob der Flexibilität, zum Lob der Improvisation führen kann, ist das von Irland und von Lettland, dem keltischen und dem baltischen Tiger. Dort, in Irland, das seit einigen Jahren Euromitglied ist, musste man die Schrecknisse dieses Verbundes in ähnlicher Weise erfahren wie in Lettland, das seine Währung, den LAT, fest an den Euro gebunden hatte. Wäre Irland dem Verbund nicht beigetreten, hätte seine Währung, das Irische Pfund, das es bis zum Eurobeitritt gab, in Zeiten der irischen Prosperität, *aufgewertet*. Die internationalen Investitionen in Irland wären teurer geworden. Die irische Scheinblüte wäre nicht entstanden. Ebenso wenig wie in Lettland, das sich ähnlich verpflichtet hatte und ähnlich leidet.

Der Euro/EZB-Sozialismus, d. h. seine währungspolitische Gleichmacherei, hat diese kleinen Länder wenn nicht zu Untergangslandern, so doch zu Bittenden gemacht. (Zentralisten wollen das so: ihre Bürger zu Kindern machen, sie infantilisieren). Offenkundig können sie nur überleben, wenn sie Hilfe empfangen, sei es vom *Internationalen Währungsfond* oder von der *Europäischen Zentralbank*. Mit dem Anschluss an die *Euro-Gleichmacherei* ist ihre nationale Souveränität in Frage gestellt. Ein hoher Preis für den Beitritt zur Euro-Bürokratie.

²⁷ Welt am Sonntag vom 12. 4. 2009, S. 1

Die sozialistische Währungspolitik muss in Frage gestellt werden.

Frankreich wäre dazu besonders aufgerufen, das mit seiner quasi-sozialistischen Wirtschaftspolitik der Planification in den 1950er Jahren dem wirtschaftlichen Untergang zutrieb. Mainstream-Ökonomen, denen das Studium der Wirtschaftsgeschichte zu langweilig ist (man spielt ja lieber auf Computern), verfechten ihren Sozialismus - auch in der Währungspolitik. Vielleicht weil *fraternité* ihr Leitbild ist, ebenso wie Sozialer Ausgleich, der ein Beutebegriff geworden ist, ein „Wieselwort“ (Wilhelm Röpke): Das possierliche Tier saugt das Ei aus, hinterlässt die Schale. Und was darin ist, ob überhaupt noch was darin ist, das zu beantworten, überlässt man dem Betrachter. Die Initiative *Neue Soziale Marktwirtschaft* scheint mir ein solches Ei.

Das, was man mit der EU-Betonbürokratie zu erreichen suchte, hätte man, auf die Währungspolitik bezogen, auch - und besser - mit der Beibehaltung flexibler Wechselkurse erreichen können. Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty, die 1993 versucht haben, die Einführung des Euro mit einer Verfassungsklage zu stoppen, sehen sich, angesichts der Turbulenzen im Euroraum veranlasst zu konstatieren, dass der Euro, statt zur Konvergenz *de facto* zu einer Ausweitung der Ungleichgewichte beigetragen habe.²⁸ Das wurde jüngst auch von der *EU-Kommission* mit Blick auf die Entwicklung der Leistungsbilanzen und der Staatshaushalte konstatiert:²⁹ „Deutschland hat seine Position im globalen Wettbewerb in den vergangenen Jahren verbessert. Dagegen sind in Italien, Spanien, Portugal und besonders in Griechenland die

²⁸ *Kein Bail-out zur Rettung des Euroraums*, in FAZ vom 28. März 2009

²⁹ Ich folge dem Artikel von Philip Plickert *Zerreißprobe für die Währungsunion* in der FAZ vom 27. April 2009, S. 12. Plickert beruft sich darin auch auf den *Quarterly Report on the Euro Area*.

Leistungsbilanzdefizite von 1998 bis 2008 stark gestiegen [...] In Griechenland betrug es zuletzt mehr als 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes [...] Früher haben die Südländer einfach abgewertet. Seit der Einführung des Euro“ (der in diesen Tagen seinen zehnten Geburtstag feiert) „ist das nicht mehr möglich [...] So ist der reale effektive Wechselkurs von Griechenland, Portugal und Spanien mittlerweile um 10 bis 15 Prozent überhöht“, was die Frage aufwirft, ob der Euro-Raum tatsächlich ein „optimaler Währungsraum“ ist, was seine Propagandisten in seiner Geburtsstunde behaupteten. – Die einheitliche Geldpolitik in einem heterogenen Währungsraum, wo es ansonsten keine einheitliche Wirtschafts- insbesondere keine einheitliche *Haushaltspolitik* gibt, hat „die Ungleichgewichte verschärft, wie auch die Ökonomen der Kommission eingestehen“. Nicht nur die Privatwirtschaft wurde durch die einheitlich niederen Zinsen verführt (Spanien erlebte dadurch einen Bauboom, mit ähnlichen Folgen wie die USA), auch die Finanzminister, die sich am Kapitalmarkt billig refinanzieren konnten. Zwar gibt es dort für Schwachwährungsländer Zinsaufschläge, sogenannte „Spreads“, aber diese nahm man in den dortigen Finanzkabinetten als wirklich bedrohlich nicht wahr. Man könne im Ernstfall schon auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen. Nachsicht bei der Nichteinhaltung der „Maastricht-Kriterien“ hatte man schon mehrfach erlebt. Die *Nicht*haftung der Gemeinschaft für die Staatsschulden eines Mitgliedslandes („Bail-Out“) werde es schon nicht geben. Zwar fordert der Ökonom Dirk Meyer „radikale Konsequenzen für Staaten, die gravierend und dauerhaft ihre Vertragsverpflichtungen verletzen: Wer bankrott gehe, dem solle der Ausschluss aus der Währungsunion drohen“. Doch dieser „Bail-Out“ ist von den zentralistischen Sozial-Bürokraten in Brüssel nicht zu befürchten. Die „Zerreißprobe für die Währungsunion“ wird man dort bestehen wollen, indem man sich notfalls auch aus der „Bail-Out“-Verpflichtung löst wie

man das mit der laschen Handhabung der „Mastricht-Kriterien“ schon häufig getan hat.

Und wenn die allgemeine Politik angesprochen wird, zum Beispiel die Verteidigungspolitik, die Politik der inneren Sicherheit und so weiter, da könnte es das geben, was Handwerksmeister immer schon praktizieren, wenn größere Aufgaben anstehen: Arbeitsgemeinschaften zu bilden, einen losen Verbund zu schließen, der aufgelöst wird, wenn die Aufgabe erledigt ist.

Auch das ist eine Facette im Bild der gegenwärtigen Nationalökonomie: Verfechter von Flexibilität finden keine Mitstreiter mehr. *Gegen* den Euro einzutreten, ist Blasphemie. Vom Triumvirat der Macht wird Zentralisierung gepflegt, ständig am bürokratischen Überbau gebastelt, obwohl das sklerotische Folgen hat.

*

Es bedarf mehrerer Paradigmenwechsel in der Nationalökonomie. Einer wurde eingeleitet, als sie von der wirklichkeitsfremden Grundannahme des *homo oeconomicus* Abstand nahm, vom Menschen also, der seine Entscheidungen nur mit dem Verstande trifft. „Erst in jüngerer Zeit bemüht sich die Verhaltensökonomik zu verstehen, welche zum Teil auch irrationalen Motive (zum Beispiel das Herdenverhalten) die Marktakteure antreibt.“³⁰ Für diesen *Mikro*bezug stand auch J. A. Schumpeter Pate, der das unternehmerische Individuum als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erkannte. Und dessen Motive waren vorzüglich irrational. Es wolle „plus ultra“, „ein Reich gründen!“.

³⁰ Philip Plickert *Ökonomik in der Vertrauenskrise*, in FAZ vom 5. Mai 2005

Die Ordnungstheorie muss wieder den ihr gebührenden Platz einnehmen, da sie einen Rahmen und Spielregeln schafft, die den Foul-Spielern rechtzeitig die Gelbe Karte zeigt.

In der Geldtheorie muss die Frage gestellt werden, ob es wirklich *Geld* ist, das Impulse gibt für volkswirtschaftliche Prozesse. Die nationalökonomische Geldtheorie wird als *Geldangebots-* oder *Geldnachfragetheorie* formuliert. Das aber geht völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei. Der Konsument kauft nicht, weil er Geld auf der Bank, sondern weil er Wünsche hat, Bedürfnisse befriedigen will. Der Unternehmer, nicht nur der innovative Schumpeter'scher Art, investiert, weil er Gewinne erzielen, Wettbewerber aus dem Felde schlagen, ein Reich gründen oder erhalten will. Er versteht es, sich Geld in Form von Finanzierung zu schaffen, also *Kredit*. Die konventionelle Geldtheorie geht von Black-box-Überlegungen, vom homo oeconomicus aus, den es auf der Ebene der Entscheidung so nicht gibt. Unternehmer fragen nicht Geld nach, sondern Kredit. So verhalten sich Haushalte und auch der Staat.

Im 19. Jahrhundert gab es einen Disput zwischen der *Bankingtheorie*, die behauptete, dass sich die Wirtschaft Geld nach ihren Bedürfnissen verschaffe (mit dem Handelswechsel zum Beispiel, der inzwischen ausgetrocknet wurde); und der *Currencytheorie*, auf der die Aktionen der Zentralbanken seither beruhen. Aber die erstere scheint mir die Abläufe wirklichkeitsnäher zu beschreiben wie nicht zuletzt die gegenwärtige Finanzkrise beweist. Sie ist Resultat überbordender *Kreditgewährung*, nicht nur von Direktkrediten, sondern vor allem von „abgeleiteten“ Krediten, von „Kredit-Derivaten“, die sich wie der Turm von Babel aufbauten. Deswegen muss die Geldtheorie ihren Blickwinkel wechseln. Wie kann es den Marktakteuren erleichtert/erschwert werden, Kredite zu erhalten? Die Kreditaufnahmebereitschaft/-fähigkeit, das *Kreditvolumen* muss der

Parameter für die Geldbehörden sein. Notenbankpolitik muss als *Kreditpolitik* verstanden werden.

Geldbehörden operieren mit dem Zins, als Preis für ihr Geld. Bankmanager bunkern dieses derzeit nahezu kostenlose Geld, geben es nicht weiter. Ist das nicht auch ein Beweis dafür, dass Zentralbanken nichts bewirken können?

Die Politik spricht von vertrauensbildenden Maßnahmen, es könnte auch *kreditbildende* Maßnahmen heißen. Freilich, woher soll dieser Kredit kommen angesichts der Verwerfungen, die uns das Establishment beschert hat? Die liberale Antwort auf diese Frage ist die, die uns der schon zitierte Marquis gegeben hat: wenn der Staat weniger regiert. (Diogenes im Fass wünschte sich von Alexander nur: „Geh mir aus dem Weg!“).

Wenn wir das *Makro* betrachten, etwa Japan, dessen sozial-autokrate Elite es seit - wie vielen? - Jahren mit ungezählten Konjunkturprogrammen zu Null-Zinsen vergeblich versucht, das Land auf den Wachstumspfad zurückzuführen, dann müssen wir es wie d'Argenson oder Diogenes sehen. Die persistenten Eliten müssen sich zurücknehmen – oder weichen.

*

Das demokratische System, so wie es ist, bedarf der Erneuerung.

Meritokratie muss herrschen, die Herrschaft der Besseren, was nicht heißen kann, Philosophen zu Herrschern zu erheben. Von diesen Heilssehern haben wir genug. Karl Popper hat das am Beispiel von Platon und Marx bewiesen. Wir brauchen keine *Gottspieler* (Roland Baader) mehr, die „die Arbeit anderen überlassen“ (Schelsky). Das Regiment muss den *Wahren Eliten*

überlassen werden, den Selbständigen Unternehmern und den vielen Streitern an ihrer Seite. Denen also, die *tun*. Und ihre Zuhörer nicht immerfort überfluten mit Ideen, *wie es sein sollte*, ohne dafür zu bürgen; und die die Macht immerfort zu ihren Gunsten neu verteilen.

26. Mai 2009

Aktuelle Bezüge:

bf., *Chinas Plan für ein neues Weltwährungssystem*, in: FAZ vom 28. März 2009

Prof. Siegfried Gelbhaar, Universität Trier, *Und vor allem muss es unverständlich sein*, in: FAZ vom 11. März 2009 (Leserbrief)

Diplom-Volkswirtin Heike Göbel, *Der den Markt zähmen will. Bundespräsident Horst Köhler hat seine Botschaft gefunden*, in: FAZ vom 25. März 2009

Rudolf Göllner, Freinsheim (Pfalz), *Die goldene Regel gilt auch für Bruckermann*, in: FAZ vom 26. 3. 2009 (Leserbrief)

Professor emer. Egon Görgens, Universität Bayreuth in seinem Brief an den Verfasser vom 3. 4. 2009

Professoren Dres. Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty, *Standpunkt: Kein Bail-out zur Rettung des Euroraums*, in: FAZ vom 28. März 2009

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln: *Die Krise als Waterloo der Ökonomik*, in: FAZ vom 16. März 2009

Professor emer. Dr. Wilhelm Meyer, Universität Marburg, in Briefen an den Verfasser vom 19. Januar 2009 und 31. 3. 2009

Philip Plickert, *Zerreißprobe für die Währungsunion*, in: FAZ vom 27. April 2009; und Derselbe *Ökonomik in der Vertrauenskrise*, in: FAZ vom 5. 5. 2009

Prof. Dr. Albrecht Ritschl, London School of Economics, *Am Ende eines Sonderweges*, in: FAZ vom 16. März 2009

Professor Dr. Viktor J. Vanberg, *Ordnungsökonomik ist kein veralteter Sonderweg*, in: FAZ vom 19. März 2009 (Leserbrief)

Harald Wetzel aus Köln, *Warum hat Norbert Walter denn nicht gewarnt?* in: FAZ vom 11. März 2009 (Leserbrief)